

Holzarbeiter Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitvermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzelle. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf F7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 22

Berlin, den 30. Mai 1931

39. Jahrgang

Unmögliche sozialpolitische Pläne

Nie war der Kampf um die deutsche Sozialpolitik und Sozialversicherung so heiss wie heute. Die Unternehmer wollen Lohn, Sozialbeitrag und steuerliche Belastung um jeden Preis senken, weil angeblich die wirtschaftspolitisch unerträglichen Überspannungen des Lohnes und der Sozialleistung Ursache der schlimmen Lage des Wirtschafts- und Arbeitsmarktes seien. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat diese Forderungen des Unternehmertums in den letzten Tagen erneut in Denkschriften an die Reichsregierung sehr energisch unterstrichen.

Was die Reichsregierung unternehmen wird, ist noch unklar und wird geflissentlich in Dunkel gehüllt. Angeblich sind die Beratungen noch nicht abgeschlossen, und für die „Reform“ der Arbeitslosenversicherung soll angeblich noch der Abschluss des Gutachtens der „Brauns-Kommission“ abgewartet werden. Aber die Entscheidung ist in schnellem Fluss; für die ersten Tage des Juni ist eine umfassende Notverordnung des Reichspräsidenten zu erwarten. Sie wird vermutlich, neben anderen Fragen, alle umstrittenen sozialpolitischen Fragen zusammen in einer Verordnung regeln. Es wäre müssig, Vermutungen über den Inhalt dieser Notverordnung vorher im einzelnen anzustellen, aber wir dürfen uns darüber nicht täuschen, dass es um einen ganz erheblichen Abbau geht.

Die Zeitumstände geben den Sozialreaktionären starke Trümpe in die Hand. Die Reichsfinanzen sind durch Steuerrückgang und erhöhte Ausgaben schwer erschüttert, so dass im Reichshaushalt 1931/32 mit rund einer Milliarde Unterbilanz gerechnet wird. Die Gemeinden sind durch die Wohlfahrtspflege überbelastet und die einzelnen Zweige der Sozialversicherung sind infolge des durch die Arbeitslosigkeit veranlassten Ausfalls von einigen Millionen Beitragsträgern und durch steigende Lasten in eine schwere Krise hineingeglitten.

Das trifft besonders zu für die Invalidenversicherung und für die Arbeitslosenversicherung. Ersterer droht bei gleichbleibenden Beiträgen und Leistungen für 1931 ein Defizit von mehr als 100 Millionen Mark, manche Schätzungen gehen sogar bis 200 Millionen. Letztere wird bei dem 6 1/2 prozentigen Beitrag die ihr erwachsenden Ausgaben nicht decken können und ausgleichende Darlehen des Reiches werden ihr versagt. Auch der erweiterte Arbeitslosenschutz, Krisenunterstützung und Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge, ist völlig ungenügend

gedeckt. Der Druck ist also ungeheuer stark und wird insbesondere von den Unternehmern mit aller Entschiedenheit gegen die Sozialpolitik ausgenutzt.

Dass dieser Weg falsch ist und nur noch weiter in die Krise führen muss, haben die Gewerkschaften immer wieder bewiesen. Es ist Wahnsinn, eine Arbeitsmarktkrise, die nicht zuletzt daraus entstanden ist, dass man den Verbrauch an Konsumgütern nicht der ungeheuer gesteigerten Produktivität anpassen konnte, dadurch zu beheben, dass durch Lohnsenkungen die Kaufkraft noch weiter herabgesetzt wird. Die verhängnisvollen Folgen der Taktik der Unternehmer würden noch sehr viel verschlimmert, wenn das Tarifrecht, wie sie es wollen, „gelockert und elastischer gemacht“ wird und der Charakter des amtlichen Schlichtungswesens verschoben würde.

Bezüglich einer gesetzlichen Arbeitszeitregelung, die den Forderungen der Gewerkschaften auch nur halbwegs gerecht wird, bestehen innerhalb der Reichsregierung starke Hemmungen. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat sich selbst gegen die völlig ungenügenden Vorschläge der „Brauns-Kommission“ gewandt. Tatsächlich bietet im Augenblick nur die radikale Senkung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit auf wöchentlich 40 Stunden die Möglichkeit, das Millionenheer der Arbeitslosen wenigstens in etwas aufzulockern. Hier nutzen keine verklausulierten Vollmachten an die Regierung, in dem einen oder anderen Beruf die gesetzliche Höchstarbeitszeit herabzusetzen. Die Reichsregierung muss erkennen, dass die 40-Stunden-Woche die logische Konsequenz der stürmischen Entwicklung unserer Technik ist. Dass die Unternehmer sie ablehnen, weil dadurch eine weitere Lohnsenkung gehemmt wird, darf die Regierung nicht stören.

Unklar ist auch, welche Wege die Reichsregierung in der Notverordnung bezüglich der Sozialversicherung gehen will. Die Unternehmer verlangen unter Hinweis auf die stark gestiegenen Gesamtausgaben Abbau der Unfall- und der Invaliden- und Altersrenten. Beides ist nicht erträglich, und ist auch keineswegs durch die Krise bedingt. Die Ruheversorgung des deutschen Arbeiters bei Alter oder Invalidität ist ohnehin viel zu geringfügig. Die Unmöglichkeit, aus den hohen Renten das Leben zu fristen, führt dahin, dass auch der Altersrentner noch den Arbeitsmarkt belastet und die Arbeitslosigkeit steigert und dass der Invalide in vielen

Fällen gemeindliche Zusatzunterstützung erhalten muss. Es wäre Irrsinn, die ohnehin zu geringen Renten generell zu kürzen mit dem Erfolge, dass die Wohlfahrtsämter noch mehr belastet würden.

Die Invalidenversicherung könnte in der Krise zunächst sehr wohl auf ihre Rücklagen in Höhe von 1 1/2 Milliarden Mark zurückgreifen. Es besteht keine zwingende Not, die Leistungen einzuschränken. Das gleiche trifft zu für die Unfallrenten. Hier sind die Lasten für das Unternehmen gestiegen, weil die Kostenumlage auf zur Zeit geringer beschäftigte Betriebe erfolgt. Das mag besonders schlecht beschäftigte Berufe, z. B. die Baubetriebe, hart treffen. Im ganzen ist die Belastung nicht derart gestiegen, dass von einer „Unträglichkeit“ gesprochen werden kann. Besonderen Verhältnissen kann man mit einem entsprechenden Lastenausgleich der einzelnen Berufsgenossenschaften untereinander begegnen.

Der härteste Kampf geht um den Arbeitslosenschutz. Auch hier ist noch unbekannt, wohinaus die Regierung will. Auch hat die „Brauns-Kommission“ ihre streng geheim gehaltenen Beratungen noch nicht abgeschlossen. Aber an Vorschlägen zur Verschlechterung fehlt es nicht: Verlängerung der Wartezeit, Senkung der Unterstützungssätze, stärkere Anrechnung der Einkommen der Angehörigen, Beschränkung der Bezüge der Saisonarbeiter, Ausscheiden ganzer Gruppen aus der Versicherung usw. Daneben laufen Bestrebungen, unter dem Schlagwort „Erweiterung der Selbstverwaltung“ dem Vorstand der Reichsanstalt die Verpflichtung aufzuerlegen, von sich aus Einnahmen und Ausgaben der Arbeitslosenversicherung in Einklang zu bringen.

Die Bestimmungen über Höhe und Dauer der Versicherungsleistung sollen der politischen Entscheidung entrückt und in den politisch unverantwortlichen Vorstand verlegt werden, weil die Unternehmer hoffen, hier einen grösseren Einfluss ausüben und die Arbeitervertreter überstimmen zu können. Es muss hier noch einmal betont werden: Der Schutz der Millionen der Arbeitslosen verträgt keinen weiteren Abbau. Es handelt sich um Menschen, deren Schicksal eine lang andauernde Arbeitslosigkeit ist. Über eine Million ist mehr als ein halbes Jahr, ein Jahr, mehr als ein Jahr arbeitslos und muss den ganzen Lebensunterhalt von der geringen Unterstützung fristen. Hier zählt jeder Pfennig Abbau tausendfach.

Dieselbe Regierung, die eine unheilvolle Schutzzollpolitik zugunsten einer Handvoll Grossagrarien treibt, die sich

rühmt, den Getreidepreis in Deutschland auf das Dreifache des Welthandelspreises getrieben zu haben, die keine entscheidenden Schritte zu unternehmen wagt gegen das wirtschaftsschädigende Gebaren unserer Truste und Syndikate, scheint in bezug auf den sozialen Schutz nur ein Mittel zu kennen: Abbau. Wenn die finanzielle Grundlage des Arbeitslosenschutzes erschüttert ist, und sie ist erschüttert, so wird man überlegen müssen, wie von der Einnahmeseite her eine Entlastung erfolgen kann. Hier gibt es Möglichkeiten; man muss nur wollen.

Erinnert sei daran, dass in der Landwirtschaft hunderttausende Arbeiter „versicherungsfrei“ sind. Für sie wird erst dann der Beitrag gezahlt, wenn das Arbeitsverhältnis gekündigt ist, also für die Versicherung der Schadenfall in die Nähe rückt. Warum dauernd dieses Geschenk an die Landwirtschaft, das angesichts der allgemeinen Not nicht mehr verantwortet werden kann? Warum ist der höher bezahlte Angestellte gänzlich davon ausgeschlossen, seinen Teil zum Schutz der Arbeitslosen beizutragen? Durch bessere Erfassung des wirklichen Arbeitsverdienstes könnten noch grössere Summen frei gemacht werden. Zu fragen ist auch, ob nicht angesichts der gewaltigen Not der Millionen von Arbeitslosen der Volksteil, den keine Sorge der Arbeitslosigkeit drückt, die Beamten, in der einen oder anderen Form zum solidarischen Handeln für die übrigen Volksgenossen herangezogen werden müssen. Und weiter müssen auch die übrigen von Arbeitslosenbeiträgen nicht erfassten Einkommen gleichfalls die Last mittragen helfen. Also Wege gibt es schon, wenn die Regierung nur will und endlich den Mut aufbringt, sich gegen die Unternehmerforderungen zu stemmen.

Wir verlangen eine gerechte Verteilung der Arbeit, d. h. Anpassung der gesetzlichen Arbeitszeit an unsere technische Leistungsfähigkeit, die 40-Stunden-Woche. Wir verlangen, dass endlich Schluss gemacht wird mit dem blöden Lohnabbau, der die Kaufkraft weiter senkt und die Arbeitslosigkeit weiter steigert. Wir verlangen den Schutz der deutschen Sozialversicherung, damit nicht noch mehr Menschenkraft und Menschenglück vernichtet wird. Ob die Reichsregierung diese selbstverständlichen Forderungen erfüllen wird, lässt sich heute nicht ersuchen. Fast scheint es, als glaube sie den Weg dort suchen zu müssen, wo weitere Belastungen der Massen die Folge sein muss. Sie soll sich nicht täuschen, sie spielt ein sehr gewagtes Spiel.

Agrarpolitik und Arbeiterinteresse

In der deutschen Innenpolitik sind zwei Ziele deutlich erkennbar, welche die Reichsregierung mit besonderer Eifer verfolgt. Sie ist bemüht, die Zollwünsche der Agrarier weitgehend zu befriedigen, zum anderen lässt sie der Senkung des Lohnniveaus der Arbeiterschaft jede Förderung zuteil werden. Den inneren Widerspruch dieser Politik hat man wohl erkannt; es hat auch nicht an Versprechungen gefehlt nach der Richtung, dass auf eine Senkung der Preise hingewirkt werden würde, um die Lohnsenkung erträglich zu machen und auszugleichen. Leider ist es in der Frage des Preisabbaues bei den Versprechungen geblieben, während der Lohnabbau eine empfindliche und immer noch fortwirkende Tatsache ist.

Die fortgesetzte Steigerung der Zölle auf Agrarprodukte vermag den Zweck, die Preise der Nahrungsmittel zu erhöhen, um den Grossgrundbesitzern höhere Einnahmen zu verschaffen. Deren unersättliche Gier ist aber damit nicht befriedigt. Die Agrarier schmolten mit dem Minister Schiele, weil es ihm nicht gelungen ist, die agrarischen Zollwünsche restlos zu befriedigen. Diese Grossgrundbesitzer spielen sich als „die Landwirtschaft“ auf, der geholfen werden müsse, ohne Rücksicht auf das Wohl der übrigen Bevölkerungsklassen. In Wirklichkeit sind sie aber Parasiten am Volkskörper. Die Zollpolitik, die darauf aus ist, sie zu mästen, schädigt die grosse Masse der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung, die vielen kleinen Bauern, die tatsächlich schutzbedürftig sind.

Über dieses Thema hat kürzlich ein hervorragender Sachkenner, der Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin, Dr. Karl Brandt, bemerkenswerte Ausführungen gemacht. Auf der in Karlsruhe abgehaltenen Tagung des Reichsverbandes des Nahrungsmittelgrosshandels führte er u. a. aus:

„Die deutsche Agrarpolitik der letzten Jahre versucht zur Rettung von 13000 ostdeutschen landwirtschaftlichen Grossbetrieben, von denen nach den neuesten Feststellungen etwa 5000 hoffnungslos unrentabel und unrettbar verschuldet sind, die Preise für landwirtschaftliche Roherzeugnisse, besonders alle Getreidearten, mit Hilfe von Zöllen, Marktstützungen, Kontingentierung und Monopol so weit zu steigern, dass ihnen die Fortführung der Wirtschaft und ein Wiederaufstieg ermöglicht werden. Diese Agrarpolitik hat für die Landwirtschaft und die gesamte deutsche Wirtschaft verhängnisvolle Wirkungen, die erst im Laufe von Jahren voll in die Erscheinung treten werden.“

Als das Rückgrat der deutschen Agrarerzeugung bezeichnet Dr. Brandt die 5 Millionen Bauernbetriebe, die im wesentlichen auf der Veredelungsproduktion bei der Erzeugung tierischer Produkte sowie pflanzlicher Erzeugnisse, wie Gemüse und Obst, beruhen. „Diese gesamte Veredelungswirtschaft droht unter der einseitigen Getreideschutzzollpolitik zusammenzubrechen. Die gesamte Eier- und Schlachtflügelherzeugung ist ebenso wie die häuerliche Schweinemast bereits in schwerste Bedrängnis gebracht. Damit wird die gesamte deutsche Bauernwirtschaft zwangsläufig notleidend.“

Infolge der Agrarpolitik zugunsten einer kleinen Gruppe von Grossbetrieben ist, wie Dr. Brandt feststellt, das gesamte deutsche Lebensmittelpreinsniveau schon heute weit über den Weltmarkt gesteigert. „Der Preis des Brotgetreides liegt 250 Prozent über Weltmarkt, der Zuckerpreis 200 Prozent, der Preis für alles Futtergetreide, der damit die tierische Erzeugung verteuert, liegt ebenfalls 250 Prozent über Weltmarkt. Insgesamt verursacht diese bewusst geschaffene „Absetzung“ vom Weltmarkt schon heute eine Mehrbelastung der deutschen Bevölkerung mit etwa 3 bis 4 Milliarden. Es handelt sich aber um eine Senkung des Reallohns der breiten Masse der deutschen Bevölkerung auf dem Wege über die Agrarzölle in einem Zeitpunkte, wo durch die notwendig gewordenen Lohnsenkungen die Kaufkraft der breiten Masse schon aufs äusserste beschnitten werden musste.“

Die Kritik, die Professor Dr. Brandt an der deutschen Agrarpolitik übt, geschieht

unter agrarischen Gesichtspunkten. Aber er hat zweifellos recht, wenn er eine Abkehr von der Politik fordert, die nur einer kleinen Zahl von Grossgrundbesitzern zugute kommt, während von einer Förderung der landwirtschaftlichen Veredelungswirtschaft die grosse Masse der Bauernbetriebe und damit unsere gesamte Volkswirtschaft Nutzen zöge. Eine solche Umstellung der Agrarpolitik muss auch im Interesse der Industriearbeiter gefordert werden. Der verkehrten deutschen Agrarpolitik ist es zu danken, dass der deutsche Arbeiter mit die teuerste Lebenshaltung hat.

Bei der Begründung ihrer auf die Lohnsenkung gerichteten Forderungen verweisen unsere Unternehmer gern auf die angeblich viel niedrigeren Löhne in den Konkurrenzländern. An sich ist dieser Hinweis wenig berechtigt, denn den Ländern mit niedrigeren Löhnen stehen andere gegenüber, in denen das Lohnniveau viel höher liegt. Die absolute Lohnhöhe will jedoch wenig besagen, die Kaufkraft ist massgebend. Internationale Vergleiche sind in dieser Hinsicht sehr schwer. Das Internationale Arbeitsamt hat einen Notbehelf gefunden in dem „internationalen Einkaufskorb“, den es konstruierte. Es nimmt von einer Reihe von Nahrungsmitteln der verschiedensten Art je eine bestimmte Menge an und berechnet den Preis dieses „Einkaufskorb“ in jedem Land. Dieser Vergleich ist roh, denn er berücksichtigt nicht die sehr unterschiedlichen Lebensgewohnheiten, aber es ist die zur Zeit einzige Möglichkeit, internationale Vergleiche anzustellen.

Die letzten Erhebungen dieser Art datieren vom Juli 1930. Damals kostete der „internationale Einkaufskorb“ in den Vereinigten Staaten 11,72 Mk., in Kanada 10,37 Mark. In den europäischen Ländern stand Schweden mit 9,39 Mk. an der Spitze, aber dann folgte gleich Deutschland mit 9,11 Mk. Von weiteren Ländern nennen wir Italien 8,82 Mk., Österreich 8,74 Mk., Dänemark 8,69 Mk., Holland 8,27 Mk., England 8,06 Mk., Spanien 7,68 Mk., Jugoslawien 6,64 Mk. und Polen 5,83 Mk. Seitdem diese Zahlen festgestellt wurden, sind die Zölle auf die Agrarprodukte in Deutschland wesentlich erhöht worden, die Lebensmittelpreise sind noch weit stärker über den Weltmarktpreis gestiegen. Der „Einkaufskorb“ ist sicher weit teurer geworden. Dessenungeachtet wird immer weiter nach Abbau der Löhne gerufen.

Auf der Tagung der Mecklenburgischen Landbündler am 17. Mai in Güstrow verlangte ein führender Agrarier, dass die Gehälter und Löhne aller Beamten, Angestellten und Arbeiter sofort mit einem Schlage um 25 Prozent herabgesetzt werden, und seine junkerlichen Zuhörer überboten ihn noch, indem sie durch Zuruf 75 Prozent Abbau forderten.

Man braucht dieses Geschrei nicht übermässig ernst zu nehmen. Es ist der Ausdruck bornierter Raffgier, die das Agrarierum blind macht gegen die Bedürfnisse einer vernünftigen Volkswirtschaft. Aber die Forderung nach Fortführung und Steigerung der Lohnabbauwelle beschränkt sich nicht auf die Agrarier. So sehr auch sonst die

Interessen der agrarischen und der industriellen Kapitalisten auseinandergehen, sie sind sofort einig, wenn es gilt, die Lebenshaltung der Arbeiter herabzudrücken. Zur Zeit trifft die Reichsregierung Vorbereitungen für einen allgemeinen Abbau der Beamtengehälter, der als Vorspanndienen soll für eine neue Lohnabbauwelle. Das Unternehmertum bedarf jedoch einer solchen Anregung gar nicht. Von verschiedenen Seiten kommen Nachrichten über Vorstösse der Unternehmer in der Richtung auf eine starke Lohnsenkung. Für die Arbeiterschaft gilt es jetzt zusammenzuhalten, um diesem neuen Ansturm den notwendigen Widerstand leisten zu können.

Arbeitsdienstpflicht und freiwilliger Arbeitsdienst

Das Gutachten der Brauns-Kommission lehnt, wie in Nummer 20 der „Holzarbeiter-Zeitung“ bereits berichtet wurde, die Arbeitsdienstpflicht ab, denn sie sei „kein geeignetes Mittel zur Entlastung des Arbeitsmarktes“. Nach den Plänen, die für die Arbeitsdienstpflicht aufgestellt worden sind, handelt es sich um jährlich etwa 450 000 junge Männer und um eine Anzahl von weiblichen Jugendlichen. Die Kosten einer solchen Organisation sind so hoch, dass sie bei den heutigen Finanzverhältnissen nicht aufgebracht werden können. Das schlimmste aber ist, dass die Aufwendungen auch zu dem höchstmöglichen Nutzen in gar keinem Verhältnis stehen werden: die vielen hundert Millionen, die jährlich dafür ausgegeben werden müssten, sind reinweg zum Fenster hinausgeworfen.

Von der Arbeitsdienstpflicht will die Brauns-Kommission also nichts wissen, dagegen empfiehlt sie die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes. Was sie unter „freiwilligem Arbeitsdienst“ versteht, sagt sie nicht direkt, sondern indirekt, und danach handelt es sich um folgenden Plan:

Die Landwirte, die bisher ausländische Arbeiter beschäftigt haben, sollen künftig deutsche, in erster Linie städtische Arbeitslose einstellen. Für jeden beschäftigten Arbeitslosen erhalten die Landwirte aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung einen beträchtlichen Zuschuss. Dieser soll die Minderleistung des städtischen Arbeitslosen, der den Tariflohn erhalten muss, ausgleichen.

Das Ganze nennt sich „freiwilliger Arbeitsdienst“, in Wirklichkeit handelt es sich bei diesem Plan um eine versteckte Subvention bestimmter landwirtschaftlicher Betriebe, die obendrein den schon sehr niedrigen Lohn der deutschen Landarbeiter gefährdet, jedenfalls wäre die Folge ein neuer Lohndruck.

Hinter dem Plan mit dem „freiwilligen Arbeitsdienst“ steckt noch ein anderer Gedanke, den der Reichsminister Treviranus in einer Versammlung am 3. Mal ausgesprochen hat. Nachdem er dargelegt hatte, warum die Einführung der Arbeitsdienstpflicht nicht möglich ist, führte er aus:

„Aber es müsse doch ernstlich die Frage eines freiwilligen Arbeitsdienstes geprüft werden. Schon in den nächsten Tagen würden nach dieser Richtung hin Fragen an die Wehrverbände gerichtet

werden, ob man zu einer Durchführung eines freiwilligen Arbeitsdienstes kommen könne. Der Dienst müsse aufgezogen werden gleichsam auf der Basis wie die Quartierleistung der Heeresmacht. Darüber hinaus würden die Leute des freiwilligen Arbeitsdienstes nur ein kleines Taschengeld erhalten. Das Ganze würde auf eine Art ziviler wirtschaftlicher Mobilisierung hinauslaufen.“

Diese Ausführungen des Herrn Treviranus sind klar und eindeutig, sie bedürfen keiner weiteren Erklärung. Wir wollen gern glauben, dass die Mitglieder der Brauns-Kommission nicht das gleiche wollen wie der redselige Reichsminister, aber so wie dieser denken alle, die sich mit Feuereifer für den „freiwilligen Arbeitsdienst“ einsetzen. Die grosse Masse der Arbeiterschaft will weder von dieser noch von jener Art des „freiwilligen Arbeitsdienstes“ etwas wissen. Darüber muss die Reichsregierung sich im klaren sein.

Der Dank des Vaterlandes

Die im Laufe des Monats April im ganzen Reiche stattgefundenen Massenkundgebungen der Kriegsoffer gegen die auf den Abbau der Versorgung gerichteten Pläne der Reichsregierung haben überall einen glänzenden Verlauf genommen. Im „Reichsbund“, dem Organ des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, wird darüber ausführlich berichtet. Aus der 16 Seiten umfassenden, reich illustrierten und drucktechnisch ausgezeichnet aufgemachten Bundeszeitung gewinnt man einen überwältigenden Eindruck von der imposanten spontanen Abwehrbewegung der deutschen Kriegsoffer.

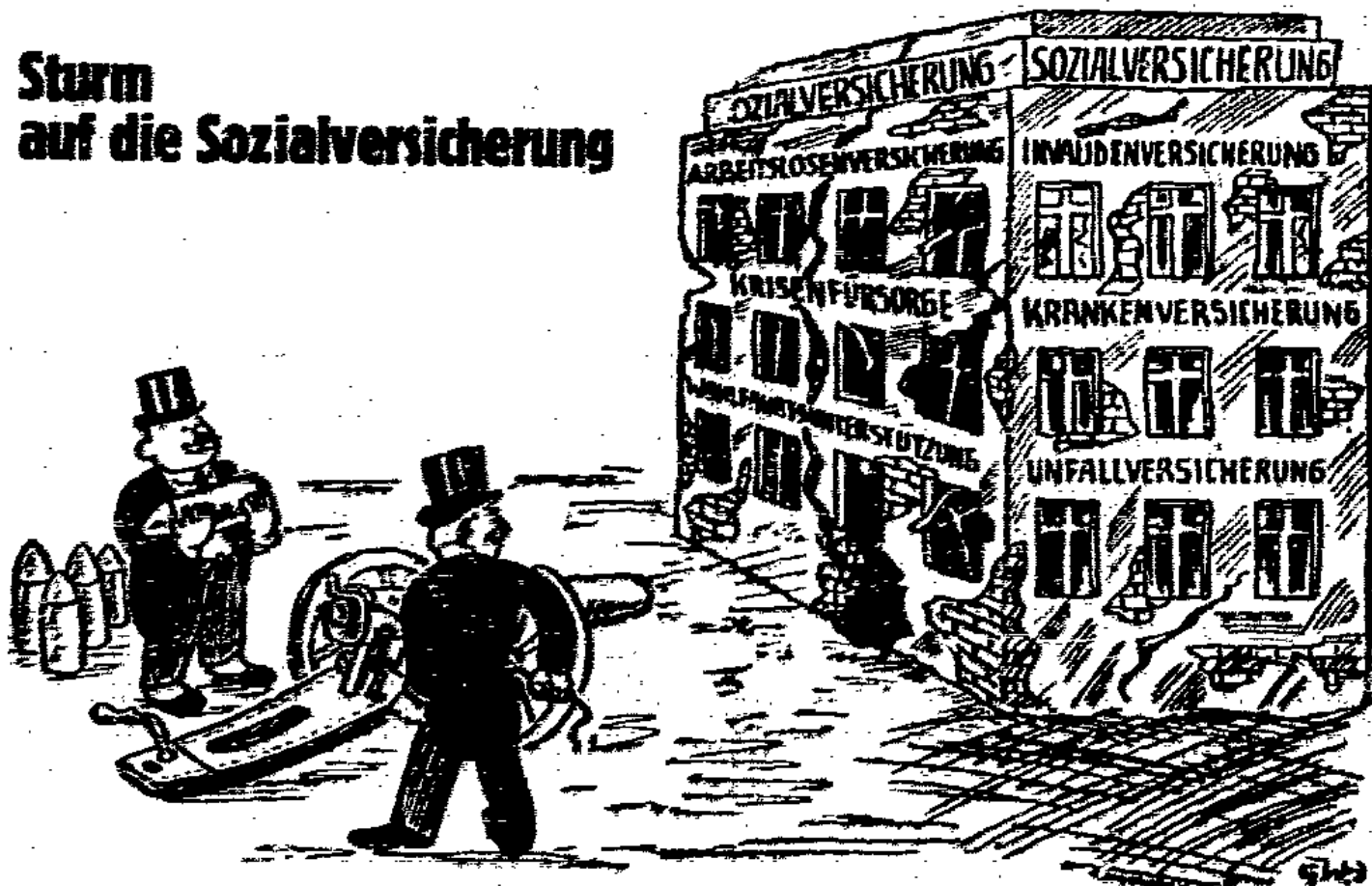
„Ohne Unterschied der Partei, der Konfession und des Standes“, so heisst es dort, „erhoben die Kriegsoffer ihre Stimme gegen die Abbaupläne der Reichsregierung, füllten sie die Versammlungsräume, grosse Säle, Theater, Hallen, marschierten sie durch Regen, Hagelschauer und Sonnenschein in unübersehbaren Zügen auf dem harten Pflaster grossstädtischer Strassen, standen sie Kopf an Kopf unter freiem Himmel, weite Plätze, Märkte und Stadien füllend, so die Einheit des Abwehrwillens aller deutschen Kriegsoffer dokumentierend.“

Aber bezeichnenderweise fehlten die eingeladenen Vertreter der Behörden, die doch in erster Linie berufen gewesen wären, durch ihre Anwesenheit zu dokumentieren, dass das so oft gehörte Wort: „Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiss“, keine leere Phrase war. Im „Reichsbund“ lesen wir darüber: „Da teilt der Reichsarbeitsminister mit, dass weder er noch ein Vertreter an der imposanten Kundgebung im Berliner Sportpalast teilnehmen könne. Der Präsident des Reichsversorgungsgeschichtsbekleidungsamtes, von der Entsendung eines Vertreters absehen zu müssen. Wie der Herr, so's Gescherr: Der Direktor des Hauptversorgungsamtes Ostpreussen erklärt lakonisch, dass er unserer Einladung nicht Folge zu leisten vermöge. Und der Oberbürgermeister der Stadt Kaiserslautern entschuldigt sein Fernbleiben gar damit, dass er ausgerechnet am Sonntag, dem 26. April, seine Tochter zur Einschulung nach Heidelberg bringen müsse.“

Mit berechtigtem Unmut sagt der „Reichsbund“ im Anschluss an diese Feststellungen: „Die Kriegsoffer haben kein Verständnis dafür, dass die Reichsregierung den Reichsverkehrsminister von Guérard der Afrikafiegerin, der schönen 22jährigen Elli Beinlorn, zur Begrüssung entsendet und ihr herzliche Begrüssungsworte spendet, dass aber die Kriegsoffer sich mit Dankabsagen zufrieden geben sollen.“

Die Reichsregierung ist offenbar der Meinung, dass die Kriegsoffer ihren Dank dahin haben. Die Ansprüche, die sie stellen, empfindet man lästig. Auf diese Empfindungen können aber die Kriegsoffer keine Rücksicht nehmen. Der „Dank des Vaterlandes“, den sie geniessen, ist so schmal bemessen, dass sie sich mit Recht gegen eine weitere Schmälerung zur Wehr setzen und ihre Stimme dagegen erheben, wenn man es auch in den oberen Regionen nicht gern hört.

Sturm auf die Sozialversicherung



Nur drauf! Dieses Haus muss in Trümmer gelegt werden.

Maschine oder Arbeiter?

Die Wirtschaftskrise, unter der wir nun schon seit vielen Monaten so schwer leiden, hat eine ganze Reihe von Ursachen. Eine davon ist die stürmische Rationalisierung der deutschen Betriebe in den letzten Jahren. Der Begriff der Rationalisierung kam nach dem Weltkriege aus den Vereinigten Staaten von Amerika zu uns herüber. Um das Wesen der amerikanischen Rationalisierung an Ort und Stelle studieren zu können, fuhren fast alle deutschen Wirtschaftsführer über das grosse Wasser. Ihre Berichte waren ein einziges Lob über die amerikanische Wirtschaft. Was ihnen besonders gefiel, war die weitgehende Ausschaltung der menschlichen Arbeitskraft durch die Maschine. Nach Deutschland zurückgekehrt, versuchten sie und alle anderen Unternehmer, in ihren Betrieben dasselbe zu erreichen, und wie wir nur zu gut wissen, auch mit grossem Erfolg. Deutschland könne, hiess es, wirtschaftlich nur vorwärtskommen, wenn es seine Wirtschaft in der gleichen Weise rationalisiere wie Amerika.

Die Unternehmer haben die deutsche Wirtschaft so rationalisiert, das Ergebnis ist, dass die Wirtschaft in keinem anderen Lande so schwer daniederliegt wie in Deutschland. Woher kommt das? Das kommt daher, dass in Deutschland nichts für, aber alles gegen die amerikanischen Rationalisierungsmethoden sprach. „Die Ausschaltung der menschlichen Arbeitskraft durch die Maschine war für Amerika deshalb eine Lebensfrage“, schreiben die „AWF-Mitteilungen“ vom Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit (Nr. 4, 1931), „weil die Löhne dort stärker gestiegen waren als in allen übrigen Ländern der Welt. Demgegenüber stand ein ausserordentlich niedriger Zinsfuss für das langfristige und kurzfristige Kapital, der durch den Kapitalzustrom nach den Vereinigten Staaten bedingt war.“

Das Bestreben, die menschliche Arbeitskraft durch Maschinen weitgehend auszuschalten, habe in Amerika also eine wirtschaftliche Berechtigung. „Dagegen war es falsch, die Mechanisierung der Produktion kritiklos auf deutsche Verhältnisse zu übertragen, weil in Deutschland Lohn- und Kapitalverhältnisse gerade umgekehrt gelagert sind. Deutschland dürfte zurzeit den höchsten Zinssatz von allen Ländern der Welt aufzuweisen haben, wobei merkwürdigerweise der Zinsfuss für den langfristigen Realkredit höher liegt als für kurzfristige Kredite. Dagegen sind die Löhne, verglichen mit den in Amerika gezahlten, wesentlich geringer. Alle Unternehmungen, die daher ihr Betriebsvermögen ohne eingehende Wirtschaftlichkeitsberechnung für zu starke Mechanisierung der Betriebe aufgewandt haben, tragen heute schwer an den Folgen, weil die Kosten für Abschreibung und Verzinsung der Betriebseinrichtungen wesentlich höher sind als die Ersparnisse in Arbeitsaufwand gegenüber den bisherigen Fertigungsverfahren.“

In Deutschland beträgt das in Maschinen und sonstigen Betriebseinrichtungen festgelegte Kapital je Kopf des produktiven Arbeiters durchschnittlich 6413 Mk. Gegenüber Amerika, wo es 21806 Mk. sind, ist es herzlich wenig, aber wenn man die Kapital- und Lohnverhältnisse hüben und drüben miteinander vergleicht, steckt in Deutschland viel zu viel Geld in den Maschinen. Und dies ist der tiefere Grund für den Mangel an flüssigem Betriebskapital.

Die Unternehmer freilich führen diesen Mangel in erster Linie auf die „hohen Löhne“ zurück. Nein, nicht die Lohnpolitik der Gewerkschaften ist an der schlechten Finanzlage der Betriebe schuld, sondern die sinnlosen Rationalisierungsmassnahmen ihrer Besitzer. Hätten die Unternehmer nicht in dem Wahn gelebt und danach gehandelt, dass je mehr Arbeiter durch Maschinen ersetzt werden, um so besser fährt die Wirtschaft, dann wäre die Arbeitslosigkeit heute längst nicht so gross, wie sie es leider ist. Wir hätten weit bessere Wirtschaftsverhältnisse.

Die Maschinen brauchen wir, ohne sie ist die heutige Wirtschaft nicht denkbar. Aber wir brauchen sie, im ganzen und grossen gesehen, nicht als Ersatz für die mensch-

liche Arbeitskraft, sondern als Helfer der Arbeiter. Nur dann sind sie ein Segen für den einzelnen und für die ganze Menschheit. Erst kommt der Arbeiter, dann erst die Maschine. Nur wenn nach diesem Grundsatz gehandelt wird, haben wir eine gesunde Wirtschaft.

übrigt“, wird schwerlich um soviel mehr an Lebensmitteln usw. verbrauchen. Das wäre übrigens auch nicht der Sinn der Lohnsenkung, die sich vielmehr im Eigengeschäft selbst spürbar machen soll, denn Verbesserung der Wettbewerbsmöglichkeit durch Verbilligung der Produktion ist doch

Den Alten zur Ehr'



Thomas Sauter Alois Restle Leo Ball Johann Waron
Jubilare der Verwaltungsstelle Gaggenau (Murgtal). Kollege Ball ist seit 1906 Kassierer und Kollege Sauter seit 1912 Vorsitzender der Verwaltungsstelle.

Den Jungen zur Lehr'

Lohnabbau ist wirtschaftlicher Unsinn

Das Unternehmertum begründet seine grosse Lohnabbauaktion mit der Notwendigkeit, die Produktionskosten zu senken, um seine Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Wir haben demgegenüber immer wieder darauf hingewiesen, dass der verfolgte Zweck auf diesem Wege nicht erreicht werden kann. Der Arbeitslohn ist nur ein Teil der Produktionskosten und oft nicht der ausschlaggebende. Selbst eine sehr empfindliche Lohnsenkung kann sich nur in ganz geringfügiger Masse im Warenpreise auswirken. Dagegen bedeutet jede Senkung des Lohnes eine starke Senkung der Konsumkraft des Arbeiters. Kann der Arbeiter weniger Waren kaufen, dann spürt das nicht nur der Händler, sondern auch der Produzent. Statt die Wirtschaft anzukurbeln, ist der Lohnabbau ein Mittel, die Krise zu verschärfen.

Die Richtigkeit dieser Gedankengänge liegt auf der Hand, aber es verdient festgehalten zu werden, dass sich auch der Holzmarkt des Herrn Fernbach zu ihnen bekennt. Man würde dem „Holzmarkt“ Unrecht tun, wollte man ihm nachsagen, dass er den Lohnabbau bekämpfe. In einer Betrachtung über „Lohnpolitik“ in seiner Ausgabe vom 15. Mai sagt er: „Lohnabbau tut selbstverständlich not, darf jedoch nicht als Augenblickssache betrieben werden.“ Den etwas unklaren Nachsatz erläutert er in der Weise, dass er es den Sägewerksbesitzern als Vorwurf aurechnet, dass sie den Lohnforderungen der Arbeiter nicht früher energisch genug entgegengetreten seien. Interessant sind die dann folgenden Betrachtungen über die Sinnlosigkeit des Lohnabbaus. Der „Holzmarkt“ führt aus:

„Was hat man nun mit dieser Lohnsenkung erreicht? Genaue Zahlen in Anwendung auf die Senkung der Selbstkosten sind noch nicht bekannt, doch erfährt man aus wichtigen Industriezweigen, dass die Senkung hier verschiedentlich noch nicht einmal ein volles Prozent ausmacht. Auf der anderen Seite steht die Tatsache, dass der Geschäftsgang gemeinhin von der Lohnsenkung bislang nicht nur nichts profitierte, sondern sich eher noch verschlechterte. Übrigens ein ganz natürlicher Vorgang. Nehmen wir einen Sägewerksbetrieb mit 50 Mann Belegschaft. Die Löhne wurden durchschnittlich um 4 Pf. gesenkt, je Tag also um 32 Pf., je Woche mit 48 Arbeitsstunden, dem voll wird ja doch kaum noch irgendwo gearbeitet, um 1,60 Mk. Der Arbeitgeber erspart an Lohnausgaben für 50 Mann je Woche 80 Mk. Der in seinem Einkommen beschüttete Arbeiter wird je Woche an Brot, Fleisch, Milch usw. weniger kaufen. Der Arbeitgeber jedoch, der um jede Woche anscheinend 80 Mk. „er-

das Endziel aller dieser Aktionen. Aber, o Ironie des Schicksals! Gerade im Holze wissen wir doch zur Genüge, wie entsetzlich wenig das eine mit dem anderen zu tun hat, wie heftig die Wettbewerbsmöglichkeit von ganz anderen Faktoren als Produktionskosten und Kalkulation dirigiert wird. Man muss es so sagen, um dem einzelnen zu zeigen, wie widersinnig es ist, gesundende Wirtschaftspolitik im Zickzackkurs des Schlagwortes treiben zu wollen.“

Man kann nicht sagen, dass sich die Gedankengänge des „Holzmarkt“ durch Klarheit auszeichnen. Aber bemerkenswert ist seine Feststellung, dass durch die Lohnsenkung eine nennenswerte Senkung der Selbstkosten nicht erreicht wurde.

Der Geschäftsgang hat sich infolge der Lohnsenkung nicht gebessert, sondern sogar verschlechtert. Bei den Lohnverhandlungen war es immer ein wichtiges Argument der Unternehmer, dass die Lohnsenkung es ihnen ermöglichen würde, mehr Arbeiter einzustellen. Nun muss bestätigt werden, was ohnehin bekannt ist, dass die Lohnsenkung die angeblich erhoffte Wirkung nicht gehabt hat.

Durch die Lohnsenkung ist für die Arbeiter eine fühlbare Verschlechterung der Lebenshaltung eingetreten. Die Ersparnisse, die der Unternehmer gemacht hat, waren nicht hoch genug, um einen Preisabbau zu ermöglichen, zumal die Preise von ganz anderen Faktoren beeinflusst wurden als von der Lohnhöhe. Die Kaufkraft der Arbeiter ist geschwächt, aber was ihnen der Unternehmer abgezockt hat, kann dieser nicht unmittelbar dem Konsum zuführen. Also der Konsum, der Motor für die Produktion, wird gehemmt: das ist der einzige Erfolg des Lohnabbaus. Will man noch bestreiten, dass der Lohnabbau wirtschaftlicher Unsinn ist?

Riesenverluste durch Arbeitslosigkeit

In der ganzen Welt gibt es zurzeit gut 20 Millionen Arbeitslose. Was das bedeutet, welchen Schaden die einzelnen Volkswirtschaften durch eine so ungeheuer grosse Arbeitslosigkeit erleiden, darüber vermögen sich die meisten Menschen keine rechte Vorstellung zu machen. 20 Millionen Arbeitslose — das entspricht ungefähr der Zahl der deutschen Industriearbeiterschaft. Professor Julius Hirsch schätzt den Produktionswert eines Menschen auf durchschnittlich 5000 Mk. im Jahr. Das Brachliegen von 20 Millionen Menschen bedeutet mithin einen Produktionsausfall von 100 Milliarden Mark.

Diese Zahlen erklären die schwere Weltwirtschaftskrise. Sie beweisen zugleich die Unfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft, ihren Trägern, den Arbeitern, eine gesicherte Existenz zu verschaffen. Und diese Unfähigkeit ist ihr Todesurteil.

Sächsische Gewerkschafter beim Reichsarbeitsminister

Die sächsischen Industriellen entwickeln eine lebhaftere Tätigkeit, um die Unterstützung des Reichsarbeitsministeriums für ihre Pläne zu gewinnen, die dahin gehen, die Löhne in Sachsen noch weit stärker abzubauen als im übrigen Reichsgebiet. Die Sache nahm ihren Ausgang von einer Tagung des Verbandes sächsischer Industrieller, die Ende Januar in Chemnitz abgehalten wurde. Diese Tagung, an der auch der Reichskanzler Brüning teilnahm, sollte der Auftakt zu einer grossen Arbeitsbeschaffungsaktion sein, die unter der Devise „Sachsen braucht Arbeit“ eingeleitet wurde.

Dieses Verlangen nach Beschäftigung für die brachliegende sächsische Industrie ist berechtigt und konnte auch von der Arbeiterschaft unterstützt werden. Aber bald zeigte sich, dass das Kernstück der von den Industriellen in Angriff genommenen Aktion das Streben nach Lohnherabsetzung war. Auf das Bemühen, Verständnis für diese Wünsche zu wecken, konzentrierten sich die Bestrebungen der Unternehmer, die auch wiederholt persönliche Verhandlungen mit den Vertretern des Reichsarbeitsministeriums führten. Wir haben hierüber sowie über den Gegenzug der sächsischen Gewerkschaften berichtet. (Siehe den Artikel „Was geht in Sachsen vor?“ in Nummer 19 der „Holzarbeiter-Zeitung“.)

Nunmehr berichtet die Tagespresse über einen Empfang sächsischer Gewerkschaftsvertreter beim Reichsarbeitsminister Stegerwald. An dieser Verhandlung, die am 15. Mai stattfand, nahmen auch Vertreter der sächsischen Landesregierung teil. Die Gewerkschaftsvertreter wiesen auf die besondere Ungunst der sächsischen Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage und auf die drohende Katastrophe der kommunalen Erwerbslosenfürsorge hin. Sie betonten auch die Notwendigkeit einer besonderen Berücksichtigung Sachsens bei der Verteilung von Reichsaufträgen und bei der Vergebung von Reichsmitteln zu Arbeitsbeschaffungszwecken und machten hierfür auch konkrete Vorschläge, deren Berücksichtigung der Reichsarbeitsminister zusagte. Bei der Erörterung der Lohnfragen traten sie den Behauptungen des Verbandes Sächsischer Industrieller, dass die sächsischen Löhne weit über den Reichsdurchschnitt hinaus gestiegen seien und dadurch die ungünstige Arbeitsmarktlage verursacht hätten, gestützt auf reichhaltiges Vergleichsmaterial, entschieden entgegen. Unter Hinweis auf den in Sachsen besonders starken kalten Lohnabbau und auf die durch Kürzarbeit gesteigerte Notlage der sächsischen Arbeiterschaft warnten sie dringend vor jedem weiteren Abbau der an sich unzureichenden Löhne.

Am Schluss der 3½stündigen Verhandlungen erklärte der Reichsarbeitsminister, dass weder er noch der Reichskanzler den sächsischen Unternehmern irgendwelche Zusagen für einen besonderen Abbau der sächsischen Löhne gemacht habe. Wenn das die Unternehmer behaupteten, entspreche diese Behauptung nicht den Tatsachen. Es sei ihnen lediglich gesagt worden, dass das überreichte Material eingehend geprüft und auch den Gewerkschaften Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden müsse. Er (der Reichsarbeitsminister) halte eine zweite Lohnabbauwelle aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen für untragbar. Ob etwa in einzelnen Industrien und Bezirken auf Grund besonders ungünstiger Verhältnisse noch eine Lohnentlastung nötig sei, müsse von Fall zu Fall in Einzelverhandlungen geprüft werden. Ein allgemeiner Abbau der sächsischen Löhne käme für ihn gar nicht in Frage.

Diese Stellungnahme des Reichsarbeitsministers ist recht erfreulich, man wird aber gut tun, sich nicht zu sehr darauf zu verlassen. Die Unternehmer lassen sich durch die Erklärung des Ministers nicht abhalten, ihre Lohnabbaupläne weiterzuführen. Bezeichnend hierfür ist die gerade jetzt erhobene Forderung der sächsischen Metallindustriellen nach einem neuen Lohnabbau von 20 Prozent. Die Gewerkschaften werden alle Kraft anwenden müssen, um den Lohndruck abzuwehren.



Aus dem Verbandsleben



Der Berliner Schiedsspruch nicht verbindlich

Der Führer der Vereinigung der Arbeitgeberverbände der Holzindustrie (Vabeho), Herr Haertlein, hat kein Vertrauen zu dem Schlichter Wissell, der zur Entscheidung über den Antrag auf Verbindlicherklärung des vom Gewerberat Körner gefällten Schiedsspruchs zuständig ist. Er hat den Reichsarbeitsminister davon in Kenntnis gesetzt, dass er „den Schlichter Wissell wegen Misstrauens in seine Unparteilichkeit“ ablehne. Über den Ausgang dieser Aktion berichtet Herr Haertlein im „Deutschen Holzgewerbe“. Er sei ins Reichsarbeitsministerium gebeten worden und habe dort mit den Herren Ministerialdirektor Dr. Sitzler, Ministerialdirigent Dr. Meves und Regierungsrat Dr. Dobberstein konferiert. Das Ergebnis war (wir zitieren wörtlich):

„Ministerialdirektor Dr. Sitzler erklärte, der Herr Reichsarbeitsminister könne aus formalen Gründen nicht eingreifen, das Verfahren über den Antrag auf Verbindlicherklärung eines Schiedsspruchs sehe die Ablehnung nicht vor. Der Herr Reichsarbeitsminister würde aber dennoch einen anderen Schlichter bestellen, wenn die Gründe der Vabeho für die Ablehnung dazu ausreichen würden.“

Uns möchte es scheinen, als ob Herr Haertlein dem Ministerialdirektor Sitzler einen Bärendienst erweist, indem er ihm nachsagt, dass er den mitgeteilten widerspruchsvollen Bescheid erteilt habe. Aber es ist nicht unseres Amtes, Herrn Sitzler gegen die ihm gemachte Unterstellung in Schutz zu nehmen.

Über die am 11. Mai vor dem Schlichter geführten Verhandlungen haben wir berichtet. Es bleibt nur nachzutragen, dass die Verhandlungen mit der Gruppe Paeth am 18. Mai fortgesetzt wurden. Ein Ergebnis haben sie nicht gezeitigt. Am 19. Mai fällt der Schlichter seine Entscheidung. Sie geht dahin, dass der Antrag der Vabeho auf Verbindlicherklärung des Schiedsspruchs des Schlichtungsausschusses Gross-Berlin vom 9. April 1931 auf Grund des Artikels 1 § 6 der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923 abgelehnt wird.

Der Schlichter Wissell hat seiner Entscheidung eine ausführliche Begründung beigegeben. Nachdem er zunächst die Auffassung der beiden Parteien dargestellt hat, fährt der Schlichter fort:

„Es bedarf keiner besonderen Darlegung, dass die von beiden um die Gestaltung des Tarifvertrags streitenden Parteien übereinstimmend geschilderte und nur in ihren Ursachen abweichend beurteilte schwere Notlage der Berliner Holzindustrie jede gerechtfertigte Hilfe gebietet. Zu solcher Hilfe gehört auch eine Gestaltung des Tarifvertrages, die wirtschaftliche Störungen der Arbeit und rechtliche Streitigkeiten nach Möglichkeit ausschaltet. Aber gerade nach diesen Seiten hin bietet der neue Manteltarif erhebliche Bedenken. Die der Unternehmerseite auferlegte Pflicht zu jeder nach den Gesetzen nur irgendwie zulässigen Mehrarbeit, ohne dass auch nur die Betriebsvertretung mitwirkt, bringt Spannungen in das Verhältnis von Unternehmern und Arbeitern, welche die gebotene Zusammenarbeit beider Teile erheblich erschweren müssen. Sie verleitet auch zur Vereinbarung von noch kürzeren Lieferfristen, als sie jetzt schon von den Parteien beklagt werden.“

Die Begründung hebt dann eine Reihe weiterer Mängel des Schiedsspruches hervor. So wird bezüglich der Bestimmung des Schiedsspruches, wonach die namentliche Anforderung eines Arbeiters vom Arbeitsnachweis zulässig sein soll, gesagt: „Der Schiedsspruch geht hier über die Forderung der Unternehmer hinaus.“

„Ferner ist es mit der bisherigen und in allen Tarifverträgen der Holzindustrie geltenden Vorschrift, wonach zur ansehnlichen Holzbearbeitungsmaschinen Frauen und Jugendliche beschäftigt werden dürfen. Sie fehlt im Vorschlag des Schlichtungsausschusses, obwohl auch die Arbeitgeberseite sie abermals in Vorschlag

gebracht hatte. Es fehlt auch die ebenfalls von Unternehmerseite wieder mit vorgeschlagene und eigentlich selbstverständliche alte Bestimmung, dass Unfallrentner und Schwerverbeschädigte möglichst nur für solche Arbeiten eingestellt und verwendet werden sollen, die den Verletzten gestatten, den Arbeitsplatz eines gesunden Arbeiters auszufüllen.“

Die Begründung bemängelt weiter die Bestimmung bezüglich der Festsetzung von Akkorden, die von den seitherigen Vertragsbestimmungen abweicht, obwohl „auch hier die Unternehmerseite in ihren Vorschlägen für den neuen Vertrag die alte Bestimmung wieder aufgenommen hatte“. Ferner wird der Fortfall der Ferienregelung der Lehrlinge und der jugendlichen Arbeiter sowie die Festsetzung kurzer Fristen für den Verfall der Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis bemängelt, ebenso auch der Fortfall des Betriebsvertrauensmannes in den kleinen Betrieben. Dann heisst es in der Begründung: „Die durch die Rechtsprechung aus dem Schwerbeschädigtengesetz abgeleiteten Ansprüche der Schwerverbeschädigten auf Lohnzahlung bei Krankheit sollen durch die Vorschrift in Fortfall kommen, dass nur die wirklich geleistete Arbeit bezahlt wird.“

Nachdem die Mängel des Schiedsspruches im einzelnen hervorgehoben wurden, wird zum Schluss der Begründung ausgeführt:

„Die Verhandlungen mit den Parteien ergaben in manchen der erwähnten und in anderen Punkten die Möglichkeit der Verständigung. Das gilt auch über eine andere Fassung verschiedener weiterer Bestimmungen. Nicht zu überbrücken waren jedoch die Gegensätze über die Gesamtgestaltung des Tarifvertrages und der Lohnhöhe.“

Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Parteien tarifvertraglich Abweichungen vom geltenden Recht vereinbaren können, um aus dem Recht entstehende Härten auszumergen, sofern es sich nicht um zwingendes Recht handelt. Wenn sich z. B. solche Härten aus dem Schwerbeschädigtengesetz ergeben, so muss der Gesetzgeber sie beseitigen oder die Parteien müssen selbst einen Weg zur Beseitigung zu finden suchen. Es steht einer Behörde jedoch nicht zu, die fehlende Zustimmung zu solcher Änderung des geltenden Rechts durch staatlichen Zwang zu ersetzen. Es geht auch nicht an, bei der Neugestaltung von Tarifen jahrelang bestandene Bestimmungen, die zwischen den Parteien unstrittig waren, durch staatlichen Zwang zu beseitigen. Das schafft nicht Ruhe und Frieden zwischen den Parteien, sondern gibt Anlass zu Streit und steht als unbillig im Widerspruch zu dem Sinn des durch eine Verbindlichkeit Erstrebt. So sehr der Notlage der Berliner Holzindustrie Rechnung getragen werden muss, auf dem Wege des vorliegenden Schiedsspruches ist es nicht möglich. Es war daher die Verbindlicherklärung abzulehnen.“

Mit dieser Entscheidung des Schlichters ist der Schiedsspruch des Herrn Körner erledigt. In der Begründung zu seinem Schiedsspruch hat Herr Körner am Schluss gesagt: „Eine tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Berliner Holzindustrie ist im allgemeinerwirtschaftlichen und auch im sozialen Interesse unbedingt notwendig.“ Wir können diesem Satz zustimmen. Aber durch die Art, in der der Berliner Schlichtungsausschuss seine Aufgabe zu lösen versuchte, hat er den Weg zu einem Tarifvertrag gründlich verbannt.

Die Bewegung in Sachsen

Schon bei den zentralen Verhandlungen über die Erneuerung des Mantelvertrages haben sich die Vertreter des Arbeitgeberverbandes für das sächsische Holzgewerbe bemüht, ein positives Ergebnis zu verhindern. Die gleiche Haltung hat diese Organisation auch weiterhin eingenommen. Sie hat wohl zugelassen, dass ihre Mitglieder betriebliche Vereinbarungen abschlossen, aber in der Erkenntnis, dass ein Vertrag, der

tion entspricht, nicht erreichbar ist, wollte sich der Arbeitgeberverband von jeder vertraglichen Bindung freihalten. Er beschränkte seine Tätigkeit bei den an verschiedenen Stellen geführten Abwehrkämpfen unserer Kollegen auf die Werbung und Vermittlung von Streikbrechern.

Um den langwierigen Kampf in Zeulendorf zum Abschluss zu bringen, hatte sich die Stadtverwaltung an den Schlichter gewandt. Dieser lud die Parteivertreter auf den 2. April. Auf seine Frage, ob man nicht versuchen solle, wieder geordnete Vertragsverhältnisse in Sachsen zu schaffen, erklärten die Unternehmer, dass sie zur Beantwortung dieser Frage erst ihre Instanzen befragen müssten, aber dazu bedürften sie einige Zeit. Später erfuhr man aus der Presse, dass der Arbeitgeberverband dem Schlichter schriftlich mitgeteilt habe, dass er Verhandlungen nicht grundsätzlich ablehne.

Die Sache verzögerte sich durch einen Unfall, den der Schlichter erlitt. Als dessen Vertreter die Parteien wieder auf den 30. April lud, verlangte der Arbeitgeberverband Vertagung. Die Sitzung fand dann am 4. Mai statt unter Teilnahme von je 5 Vertretern jeder Partei. Gleich zu Beginn der Aussprache erklärte der Syndikus Hahn, dass der Arbeitgeberverband nicht in Verhandlungen eintreten könne, weil ihm die schriftliche Vollmacht der Unterverbände fehle. Diese Ausrede war ziemlich plump, aber sie erfüllte ihren Zweck. Die Verhandlung musste vertagt werden.

Der Schlichter berief dann eine neue Sitzung auf den 15. Mai. Hier waren nur die beiden Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes erschienen. Jetzt endlich rückte Syndikus Hahn mit der Erklärung heraus, dass Gesamtvorstand und Ausschuss einstimmig beschlossen hätten, Vollmacht zu Verhandlungen nicht zu erteilen und den Abschluss eines Bezirkstarifvertrages abzulehnen. Der Schlichter erklärte darauf, dass er unter diesen Umständen seine Vermittlungstätigkeit einstellen müsse.

Die Haltung des Arbeitgeberverbandes wird offenbar von einigen Scharfmachern bestimmt, nicht zum mindesten aber durch die Aktion des Verbandes sächsischer Industrieller, der bemüht ist, die Reichsregierung dahin zu beeinflussen, dass die Schlichtungsorgane veranlasst werden, den Lohndruck in Sachsen ganz besonders zu fördern. Diese Aktion der sächsischen Industriellen liegt hauptsächlich in den Händen des Syndikus Hahn vom Arbeitgeberverband der Holzindustrie. Hier haben wir den Schlüssel zum Verständnis der Haltung des Arbeitgeberverbandes. Die Unternehmer des Holzgewerbes haben ihren Vertragswillen dadurch dokumentiert, dass der grösste Teil von ihnen an der örtlichen und betrieblichen Regelung beteiligt ist, die inzwischen durchgeführt wurde. Unsere sächsischen Kollegen werden sich damit abfinden, dass auf absehbare Zeit ein Bezirkstarifvertrag nicht möglich ist. Statt dessen wird der betrieblichen und örtlichen Regelung weiterhin erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Holzgewerbe im Rheingebiet

Für das linksrheinische Gebiet fällt der Schlichter am 30. März nach vergeblichen Verhandlungen mit den beteiligten Arbeitgeberverbänden einen Schiedsspruch, durch welchen der gekündigte Manteltarif mit einigen Änderungen wieder in Kraft gesetzt und bis 31. Dezember 1931 verlängert wird. Der Spitzenlohn wurde mit Wirkung vom 10. April von 1,18 Mk. auf 1,11 Mk. herabgesetzt, geltend bis 31. Juli 1931. Dieser Schiedsspruch wurde von den Unternehmern abgelehnt. Auf unseren Antrag wurde er durch Entscheidung des Reichsarbeitsministers vom 9. Mai für verbindlich erklärt.

Mit Gehilfen dieser Nummer ist am 22. Wofanbeitrag fällig

Säger in Sachsen

Das Lohnamt für die sächsische Sägewerksindustrie hat am 9. April einen Schiedsspruch gefällt, durch welchen die Durchschnittslöhne an der Spitze in den fünf Ortsklassen auf 96, 94, 85, 79 und 75 Pf. herabgesetzt werden. Diese Regelung soll erstmalig zum 30. September 1931 kündbar sein. Dieser Schiedsspruch wurde von den Unternehmern abgelehnt. Auf Antrag unserer Kollegen hat ihn der zuständige Schlichter am 9. Mai für verbindlich erklärt.

Säger in Bayern

Der Arbeitgeberverband bayerischer Sägewerke hat den geltenden Tarifvertrag zum Ablauf am 15. August 1931 gekündigt. Für den Lohnbezirk Oberpfalz haben am 12. Mai Verhandlungen vor dem Landeschlichter in Nürnberg stattgefunden. Das Ergebnis war ein einstimmiger Schiedsspruch, durch welchen der Spitzenlohn von 84 auf 82 Pf. gesenkt wird. In den fünf Ortsklassen beträgt nunmehr der Spitzenlohn 82, 76, 69, 65 und 50 Pf.

Stockmacher in Hamburg

Das am 13. Mai mit dem Verband der Hamburger Stockfabrikanten getroffene Lohnabkommen bringt eine Senkung des Tariflohnes um 4 Pf. Der Durchschnittslohn beträgt nun für Facharbeiter 110 Pf., für Hilfsarbeiter 99 Pf. Der Mindestlohn 99 bzw. 89 Pf. Soweit die bestehenden Löhne mehr als 1,25 Mk. betragen, ermässigen sie sich um 6 Pf., die niedrigeren Löhne um 4 Pf. Die Akkordgrundpreise werden um 5 Prozent ermässigt, doch darf ein Abzug nur insoweit erfolgen, dass ein Verdienst von 1,27 Mk. nicht unterschritten wird. Das Abkommen kann erstmalig zum 31. Dezember 1931 gekündigt werden.

Gründungsfeiern

Es ist eine schöne Sitte, Jubiläen der Verwaltungsstellen festlich zu begehen. Bei solchen Veranstaltungen, die der Not der Zeit entsprechend in bescheidenem Rahmen gehalten werden, spielt das agitatorische Moment eine wichtige Rolle, auch dann, wenn diese Note bei dem Fest nicht sehr aufdringlich betont wird. Bei dem festlichen Zusammensein der Mitglieder und ihrer Familienangehörigen, wobei oft auch die Angehörigen befreundeter Organisationen als Gäste begrüsst werden, kommt namentlich auch den Frauen und der Jugend die Bedeutung der Gewerkschaft so recht zum Bewusstsein. Der Blick der Festteilnehmer wird rückwärts gelenkt, auf die Zeit der Gründung der Verwaltungsstelle. Man lässt, das ist besonders die Aufgabe des Festredners, die Entwicklungsgeschichte der Organisation Revue passieren und erörtert die noch zu lösenden Aufgaben. Damit wird auch noch eine Ehrung der alten Kollegen verbunden. Umrahmt wird diese Veranstaltung durch Konzert und Vorträge ernsten und heiteren Inhalts, und den Beschluss macht dann ein gemütliches Zusammensein mit Tanz.

Das ist der herkömmliche Verlauf solcher Veranstaltungen, die für die Kollegenschaft am Ort ein Ereignis sind. Öfters hält sich auch die Ortsverwaltung verpflichtet, einen mitunter sehr ins Einzelne gehenden Bericht über den Verlauf des Festes an das Verbandsorgan zu senden. So liegen uns augenblicklich Berichte über die Feier des 25jährigen Jubiläums der Verwaltungsstellen in Gaggenau in Baden und in Lübz in Mecklenburg vor. Von dem Abdruck dieser Berichte müssen wir absehen. So bedeutungsvoll ein solches Jubiläumstreffen auch für die Teilnehmer und für die Kollegenschaft am Ort ist, so möchten wir es doch nach Möglichkeit vermeiden, den Raum des Verbandsorgans zu stark für Festberichte in Anspruch zu nehmen. Wir hoffen, bei den Kollegen Verständnis zu finden, wenn wir bitten, von der Berichterstattung über Feste möglichst Abstand zu nehmen.



Holzindustrie

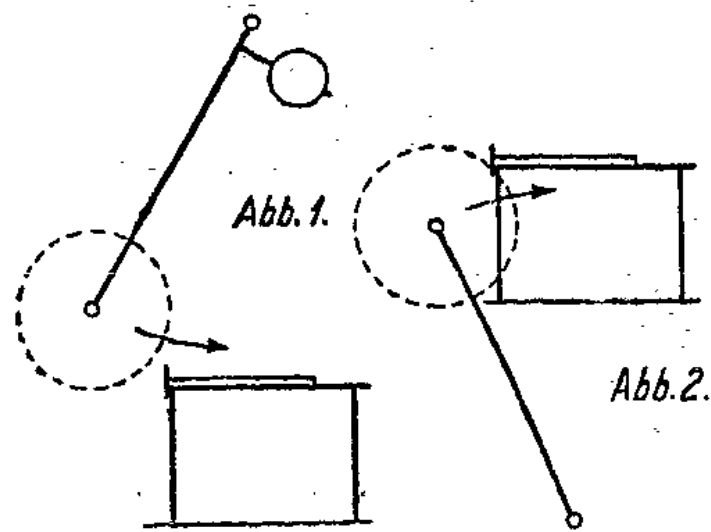


Betrachtungen über Querkreissägen

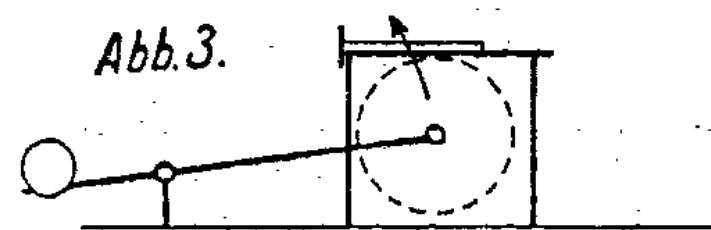
Von Heinrich Pause, Rosenheim

In den Holzbearbeitungsbetrieben begegnen wir heute sehr verschiedenen Arten von Querkreissägen. Wir wollen im folgenden versuchen, einen kleinen Überblick über die besonderen Eigenschaften der einzelnen Maschinenarten zu gewinnen.

Die Bezeichnung „Abpendeln“ für Ablängen deutet schon an, dass am häufigsten die Pendelsäge benutzt wird. Wir finden diese älteste Vertreterin der Querkreissägen in hängender, liegender und stehender Anordnung. Die Maschine mit hängendem Pendelrahmen (Abbildung 1) stellt dabei die gewöhnliche Ausführung dar.

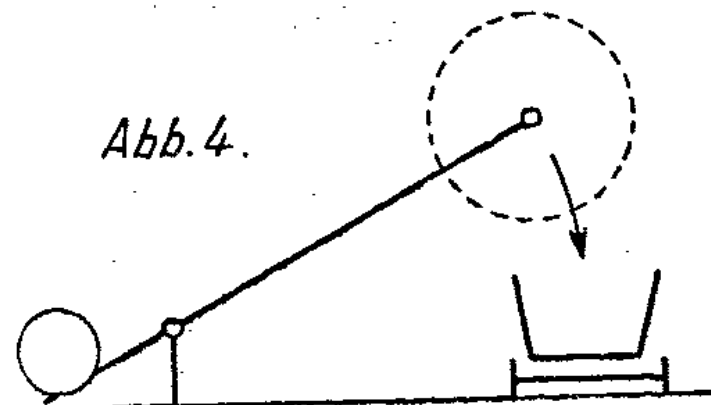


Man hat durch Versuche festgestellt, dass die Anordnung des Kreissägeblattes über dem Tisch Vorteile gegenüber der anderen Arbeitsweise mit unter dem Tisch befindlichen Kreissägeblatt besitzt, wie wir sie bei aufrechtstehendem Pendelrahmen (Abbildung 2) antreffen. Der Schnitt geht leichter vonstatten und soll auch sauberer ausfallen. Allerdings wird eine noch höhere Sauberkeit des Schnittes erreicht, besonders wird die Fransenbildung stark vermindert, wenn die Pendelsäge mit liegendem Pendelrahmen arbeitet (Abbildung 3).



Die mögliche Schnittbreite oder Schnittlänge wird dabei zwar verringert, sie genügt aber bei Querkreissägen in vielen Fällen.

Ein Beispiel für die Pendelsäge mit liegendem Rahmen und Anordnung des Sägeblattes unter dem Tisch ist die Bretterkappsäge in Sägewerken (Abbildung 4).

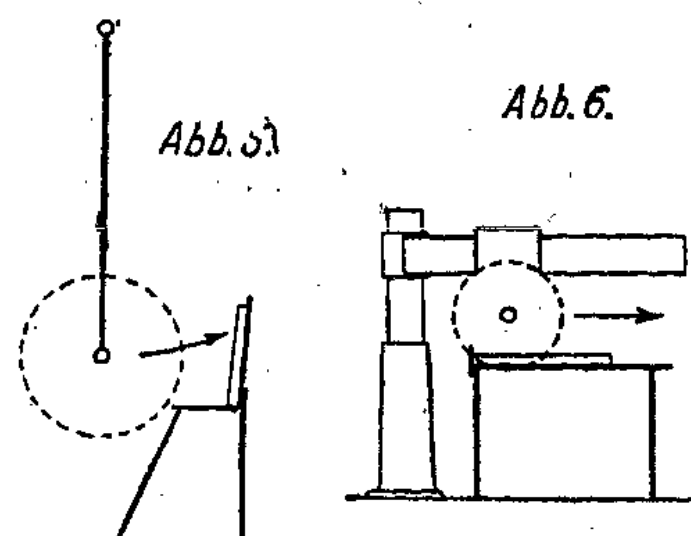


Die liegend angeordnete Bündelholzkreissäge dagegen ein solches mit über dem Werkstück schwingendem Kreissägeblatt. Die Bretterkappsäge wird zuweilen auch mit hängendem Pendelrahmen ausgeführt, erhält aber dann nicht den üblichen breiten Tisch. Die Bretter werden vorher besäumt und hochkant gegen einen Anschlag gelegt (Abbildung 5), so dass die Fransen verhindernde Art der Bewegung des Kreissägeblattes zum Holz erhalten bleibt.

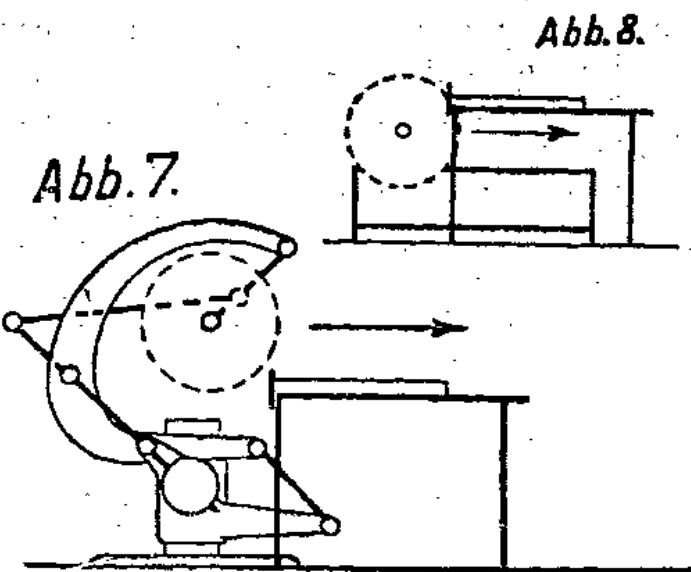
Die neueren Arten der Querkreissägen sollen die Ausführungen in den Bildern 1 und 2 ersetzen. Sie werden ebenfalls mit über und unter dem Tisch liegendem Kreissägeblatt gebaut und sollen durch geradlinige Bewegung des Kreissägeblattes lange Schnitte mit kleinen Sägeblättern möglich machen.

Die Maschinen mit oben liegendem Blatt verdienen nach dem Vorhergesagten den Vorzug, wobei wir aber nicht übersehen dürfen, dass manche solcher Maschinen recht umständlich zu bedienen sind.

Das sind solche Maschinen, die den Raum über dem Tisch für Beobachtung und Belegung nicht freigeben, wenn man das Sägeblatt zurückführt, die sogenannten Auslegerkreissägen (Abbildung 6). Das Bücken unter den Auslegern beim Einlegen und Richten nach dem Anriss ist überaus anstrengend. Es gibt aber zahlreiche Querkreissägen mit Geradföhrung, bei denen entweder der Arm des Auslegers mit dem Blatt zurückgeschoben wird oder der Ausleger durch eine sinnreiche Anordnung von Hebelgelenken ersetzt ist (Abbildung 7), die eine äusserst leichte Bewegung des Blattes ergibt.



Die in Bild 6 dargestellte Säule ist bei allen diesen Maschinen verwendet, damit durch Schwenken des Blattführungskörpers auch Gehrungen geschnitten werden können. Das Blatt kann in der Höhe so eingestellt werden, dass es mit den Zähnen nur ein wenig im Schlitz des Tisches steht, dass es also immer einen sehr kleinen „Überstand“ aufweist, auch wenn die Holzdicke beliebig wechselt.



Die Maschinen mit Geradföhrung des Sägeblattes unter dem Tisch (Abbildung 8) weisen diesen Vorzug nicht auf, entsprechen also den neuzeitlichen Anforderungen nach kleinem Blattüberstand nur dann, wenn man den Tisch in der Höhe verstellbar macht oder von Fall zu Fall entsprechende Unterlagen unter dem Werkstück verwendet.

Das Arbeiten mit Querkreissägen ist nicht ungefährlich. Wenn auch der beim Schnitt nicht benutzte Teil des Kreissägeblattes gut abgedeckt ist, so verlangt die gute Holzausnutzung doch häufig eine so genaue Beobachtung des Anschnittes, dass die Finger der zuföhrnden Hand in unmittelbare Gefahr geraten.

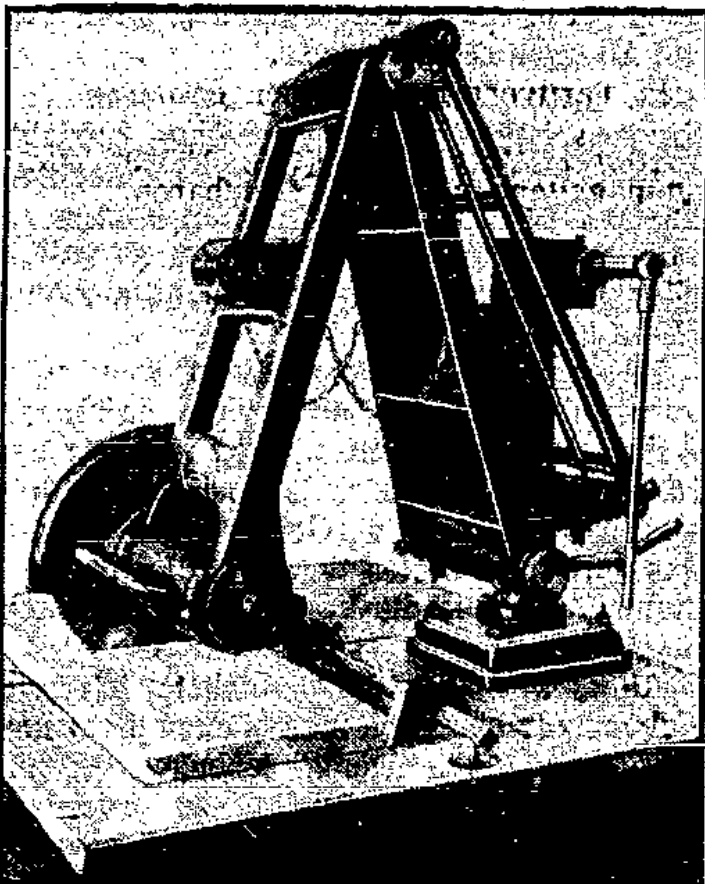
Wie die Erfahrung lehrt, sind die Maschinen mit Fusshebelbewegung des Sägeblattes weit geföhrlicher als die mit Handbewegung. Das Stehen auf einem Bein föhrt leicht dazu, dass man beim Versuch, sich mit der Hand am Tisch zu stützen, in die heranföhrnde Säge greift. Zuweilen bringt auch bei zunehmender Gewohnheit die kaum noch vom Bewusstsein gesteuerte Fussbetätigun das Sägeblatt bereits zum Schnitt, während sich die Hände nach, mit dem Einlegen beschäftigt, über dem Schlitz befinden.

Ruhe und Umsicht sind auch für den Mann an der Querkreissäge Voraussetzung für die Erhaltung seiner kostbaren Arbeitskraft!

Auf einige Erleichterungen beim Ablängen wollen wir noch kurz hinweisen: Bei den Pendelsägen nach Abbildung 1 erschwert das Gewicht, das Rahmen und Sägeblatt in

der Ruhestellung hinter dem Tisch halten soll, die Arbeit ganz bedeutend. Es wird überflüssig, wenn man den Tisch so weit vor der senkrecht (also ohne Gewicht) aufgehängten Säge aufstellt, dass sich in dieser Stellung das Blatt bereits hinter dem Tisch befindet. Damit nun das Sägeblatt bei langen Schnitten nicht vorn über den Tisch hinaustritt, ordnet man den Tisch entsprechend schräg an, also mit seiner Vorderkante höher als mit der Hinterkante. Diese Aufstellungsweise ist beschrieben in dem Buch von Gustav Spatz: „Die Sägewerkmaschinen und ihre Behandlung“ (Verlag: Der Holzmarkt, Berlin). Die Mitte der Vorgelege- oder Motorwelle darf aber nicht, wie in dem Buch dargestellt, über dem Schwingmittel des Pendelrahmens liegen. Dadurch würde der Riemen abwechselnd straff und locker werden. Der schrägelegte Tisch erleichtert gleichzeitig die Beobachtung der Einschnittstelle, denn man braucht sich nicht mehr so tief zu bücken, um unter dem Blattschutz hindurchzusehen. Dazu legen sich die Bretter fast von selbst genau gegen den Anschlag an der hinteren Tischkante.

Die leichte Bewegung der Hölzer auf dem Tisch von einem Schnitt zum anderen wird durch Leitwalzen, die man im Tisch einbaut, sehr gefördert. Von Spatz wird angewendet, dass diese Walzen sich durch Schmutz und schlechten Schmierzustand nie drehen, weshalb an ihrer Stelle der Blechbeschlag des Tisches zu empfehlen wäre. Diese Ansicht wird aber von vielen Praktikern nicht bestätigt. Sie fürchten vom Blechbeschlag das Verfärben der Hölzer und wollen lieber für Reinigung und Schmierung der Leitwalzen sorgen.



Für das Einteilen und Messen der Hölzer wird jetzt auch von der Firma Adolf Pfeiffer in Mannheim eine sehr zweckmässige Anstoss- und Messvorrichtung empfohlen. Bisher konnte man nur einige nordamerikanische Ausführungen. Unsere Abbildung 9 zeigt die Parallelsäge bei der Arbeit. Der Pendelsäger hat sich die Längenanschlüge nach der Masseinteilung an der Vierkantstange genau nach den gewünschten Längen eingestellt. Er braucht nun das Brett nach jedem Schnitt nur so weit über den entsprechenden näherliegenden Anschlag zu ziehen, dass dieser sich selbsttätig vor die Hirnfläche des Brettes legen kann. Auch dadurch fällt das anstrengende Bücken und Beobachten weg, und die Unfallgefahr wird vermindert.

Vereinigte Korkindustrie AG.

Die Vereinigte Korkindustrie AG. (Sitz Berlin) wurde im Juni 1928 gegründet. Als Gründer traten einige deutsche Korkindustrielle auf, hinter denen die „AG. für Korkhandel und Korkwarenfabrikation“ (Compagnie Commerciale et Industrielle du Liège - CIL.) mit dem Sitz in Brüssel stand. Das Ziel dieser internationalen Gesellschaft war und ist die Zusammenfassung der Korkindustrie aller Länder in eine Hand. Ob das gelingen wird, ist eine andere Frage,

jedenfalls hat die CIL. mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen. In Deutschland aber hat sie bereits manches erreicht. Der Vereinigten Korkindustrie AG. gehören jetzt folgende 15 Unternehmungen der Branche an: Eugen Bähr G. m. b. H., Karlsruhe; J. H. Minnemann, Delmenhorst; Korksteinwerk G. m. b. H., Brand-Erbisdorf; A. Geitner, Spechtritz; C. u. E. Mahla, Nürnberg; Hansa-Werk AG., Westervevhe-Ulzen; F. H. Plate, Delmenhorst; Gotthard Streit G. m. b. H., Berlin; Pommerische Korkindustrie H. Köhler, Stettin; Suberit-Fabrik AG. Mannheim; J. Schwerdtner, Schneeberg-Neustädte; G. A. Berghauer, Berlin; Carl Michaelis u. Co., Berlin; Wm. Merkel, Raschau und Reinhold u. Co. Vereinigte Kieselguhr- und Korkstein G. m. b. H. Der Anschluss der Korkfabrik Merkel in Raschau erfolgte im letzten Geschäftsjahr. Die Beteiligung an der Firma Reinhold u. Co. erfolgte in der Hoffnung, dadurch „für unsere Werke einen entsprechend höheren Absatz ihrer Erzeugnisse an Isoliermaterial“ zu haben. Das Unternehmen ist also grosszügig aufgezoen, es umfasst Betriebe der verschiedensten Art.

Die Vereinigte Korkindustrie AG. arbeitet mit einem Aktienkapital von 12,5 Millionen Mark, das von bekannten deutschen und internationalen Banken aufgebracht worden ist. Die Banken beherrschen infolgedessen auch den Aufsichtsrat. Aber auch diese gerissenen Finanzmänner haben nicht verhindern können, dass die Gesellschaft im Geschäftsjahre 1930 mit 490 350 Mk. Verlust abgeschnitten hat. Im Geschäftsbericht wird dies ungünstige Ergebnis auf die Ungunst der allgemeinen Wirtschaftslage zurückgeföhrt. Im laufenden Jahre habe die Lage sich noch nicht gebessert, es sei aber eine Zusammenlegung von Betrieben im Gange, so dass im nächsten Jahre mit einem günstigeren Abschluss gerechnet werden könnte.

Das Holz in Amerika

Die „VDI.-Nachrichten“, das Organ des Vereins deutscher Ingenieure, veröffentlichen Zahlen über den Holzverbrauch der amerikanischen Holzindustrie. Aus diesem Material geht hervor, dass in den Vereinigten Staaten im Jahre 1912 57,195 Millionen Kubikmeter Holz verbraucht wurden, 1928 dagegen nur noch 43,128 Millionen. Der Rückgang im Holzverbrauch wird auf den „zunehmenden Wettbewerb anderer Werkstoffe, auf die geringe Kostenpanne zwischen diesen und dem Holz, auf die oft falsche Holzverwendung und auf die technische Rückständigkeit der Holzwarenerstellung und der Holzausnutzung“ zurückgeföhrt.

Insbesondere sind es Eisen und Stahl, die das Holz aus verschiedenen Arbeitsgebieten verdrängt haben. Wie bekannt, werden in Amerika die Fensterrahmen und die Türen jetzt vielfach aus Stahl hergestellt, die Folge davon ist, dass die Bautischlereien 1928 nur noch 19,800 Millionen Kubikmeter Holz verbrauchten, gegen 31,620 Millionen im Jahre 1912. In der gleichen Zeit sank der Holzverbrauch in der Holzwarenindustrie von 958 000 auf 432 000, in der Stuhlindustrie von 682 000 auf 390 000, in der Musikinstrumentenindustrie von 615 000 auf 254 000, in der Holzriemenscheibenindustrie von 85 000 auf 2000 Kubikmeter; ähnlich liegen die Dinge in vielen anderen Gewerbebezügen.

Im Möbelbau dagegen ist der Holzverbrauch gestiegen, von 2,561 auf 3,174 Millionen Kubikmeter. Danach scheinen die Stahlmöbel sich auch in Amerika nicht durchgesetzt zu haben. Stark beliebt scheinen drüben die Holzschilder zu sein, denn der Holzverbrauch dafür stieg von 16 000 auf 115 000 Kubikmeter. Schliesslich sei noch erwähnt, dass die Tabakpfeifenfabrikation 1912 rund 1000 Kubikmeter Holz verbrauchte und 1928 aber 3000 Kubikmeter.



Heim und Familie



LUXUS

Von Margarete Ebert-Hofmann

Luxus — ist das auch ein Thema für uns? Können wir uns irgendwelchen Luxus erlauben? Ist es nicht ein Widersinn, davon zu sprechen zu einer Zeit, wo Tausende nicht die Piennige fürs tägliche Brot haben?

Zunächst einmal: Wir dürfen nicht fragen: „Was ist Luxus?“ und darauf einfach antworten: Alles Überflüssige. Denn wollten wir uns danach wortgetreu richten, so wäre jeder, der nicht nach den Grundsätzen des Robinson Crusoe lebt, schon mit dem Vorwurf belastet, Luxus zu treiben. Fast alle Errungenschaften der Kultur wären von diesem Standpunkt aus gesehen Luxus.

Ja, selbst wenn wir sagen würden: „Alles, was nicht unbedingt für den täglichen Bedarf notwendig ist, muss Luxus genannt werden“, so träfen wir den Kern der Sache nicht. Es gibt so vieles, was nicht unumgängliche Notwendigkeit ist und doch nicht die Bezeichnung Luxus verdient.

Ist es Luxus, wenn man es liebt, am freundlich gedeckten Tisch die Mahlzeiten einzunehmen? Wenn man keinen angestossenen oder gesprungenen Teller, kein schadhafes Besteck bei Tisch benutzen mag? Wenn wir dem einfachen Gericht, für das wir uns aus Gründen der Vernunft und unseres mageren Geldbeutels entscheiden, die wohlfeile Süßspeise, gekochtes Obst oder einen Apfel oder eine Banane, als Nachtisch folgen lassen? Wenn wir lieber ein Butterbrot als Nachtessen wählen als mit Wurst belegte Margarineschnitten?

Solange das, was wir über die nackte Notwendigkeit hinaus uns „leisten“, um ein wenig Schimmer über graue Alltagsdinge zu werfen, nicht eine sinnlose Falschanwendung oder Verschwendung unserer Existenzmittel bedeutet, ist es nicht Luxus! Die Mühe der Sauberhaltung der Tischwäsche, die Sorgfalt in der Behandlung des Speisegeschirrs erfordern keinen Kostenaufwand. Und wenn der lockende Nachtisch die Einzigkeit der Sättigungsmahlzeit übersehen lässt, so tun wir uns, unserem Magen und unserem ganzen Organismus mehr Gutes als mit kostspieligen Tropfen und „... in“ oder „... an“ benamten Mitteln zur Hebung der körperlichen Kräfte.

Schliesslich möchte ich den sehen, der der so vielgeplagten Haus- und Familienmutter die Wohltat missgönnt, die für sie in Momenten der Abspannung eine Tasse „guten“ Kaffees bedeutet!

Ebensowenig ist es Luxus, ein sorglich behandeltes Kleid für den Feiertag und festliche Stunden zu haben, Kleidung zu wählen, die nicht Dutzendware ist und daher den verschiedenen Seitensprüngen der Mode erfolgreich widersteht.

Bad, Körper- und Hautpflege, eine kleidsame Frisur und eine sorgsame Behandlung von Haar und Fingernägeln — das sind Dinge, die einen Gradmesser dafür bilden können, wo die Hygiene aufhört und der Luxus anfängt. Auch die Arbeiterfrau kann hier beweisen, ob sie mit Geschick und Geschmack ihren Bedarf an körperlichem Behagen mit ihren Mitteln vereinbaren kann.

Erfreulicherweise hat sich die Erkenntnis Bahn gebrochen, dass Luft und Licht, Sonne und Erholung nicht unerschwingliche Luxusdinge sind. Wer sich damit so recht verwöhnt hat, der ist der beste Kämpfer gegen alle Dunkelmännerei, die am liebsten die Arbeitsmenschen wieder einpferchen möchte.

Gute Bücher — wirklich gute Bücher — sind ebenfalls kein Luxus. All die schön gebundenen süßbehilderten, dickleibigen Bände, die in manchen guten Stuben ein Schmarotzerdasein führen und der Hausfrau alljährlich eine kostbare Viertelstunde ihres Lebens rauben, weil sie abgesetzt sein wollen — die sind Luxus. Aber Bücher, und wären sie im einfachsten Einband, aus denen das wahre Leben zu uns spricht, das Leben unserer Brüder und Schwestern, die uns Kunde bringen vom Wissen, Wollen und Wirken der werktätigen Menschheit in aller Welt, die sind notwendig wie das tägliche Brot. Keine Stunde ist unnütz verthan, die wir in ihrer

Gesellschaft verbringen, kein Groschen hinausgeworfen, den wir für sie opfern.

Können wir nun erfreut feststellen, dass unser Leben selbst in seinen kleinsten Annehmlichkeiten von allem unbelastet ist, was den Namen Luxus verdient?

Vielleicht doch nicht so ganz! Seien wir ehrlich: Nehmen wir nicht ab und zu doch immer noch mal den Kochtopf mit der beschädigten Emailleglasur, weil wir die schönen Aluminiumtöpfe schonen wollen? Damit schieben wir aber diesen blanken Zierden der Küchenregale eine unverdiente Luxusrolle zu — von der Gefahr gar nicht zu reden, die gesundheitlich durch die Benutzung des beschädigten Kochtopfes besteht.

Haben wir nicht etwa das schönste und freundlichste Zimmer unserer Wohnung zur „guten Stube“ auserwählt und damit zum himmelschreiendsten Luxusding, das uns nur Zeit, Arbeit, Bohnerwachs und Mottenkugeln kostet?

Sagen sie nicht, dass wir das alles aus Sparsamkeit tun und um die guten Sachen zu schonen; dies ist der schlimmste Trugschluss. Denn indem wir denjenigen Dingen, die unsere Gesundheit fördern und unsere Kräfte schonen, nicht den richtigen Platz einräumen, treiben wir Luxus und Verschwendung mit dem Kostlichsten, was wir haben.

Wir müssen nur einmal recht nachdenken, dann kommen wir schon zur richtigen Beurteilung: Es kann Luxus sein, wenn die Hausfrau ihre Besorgungen macht und die Strassenbahn benutzt, wo sie sehr gut und unter Förderung ihrer Gesundheit gehen könnte. Es braucht aber nicht Luxus zu sein, wenn sie in der Einteilung ihrer Zeit mit Minuten rechnen muss.

Es kann Luxus sein, wenn man den Kindern helle, duftige Kleidchen anzieht, anstatt der praktischen Sachen in gedeckten Farben, es braucht aber nicht Luxus zu sein, wenn man die Kleiderform so wählt, dass Waschen und Bügeln nicht allzuviel Mühe macht.

Es mag als Luxus erscheinen, wenn man auch in schweren Zeiten dem gefälligen Äusseren Wert beimisst, es ist aber nicht Luxus, wenn man sich lebensbejahend mit allen Mitteln gegen ein Gehenlassen sträubt, das gerade in Zeiten wirtschaftlichen Tiefstandes rasch in die Verelendung abgleiten lässt.

Alles, was über die einfachste, härteste Lebensnotwendigkeit hinaus dazu dient, uns das Dasein ein wenig lebenswerter zu machen, uns aufzurichten, zu erheben, sollen wir uns angedeihen lassen, solange es nicht auf Kosten unseres inneren Wertes geschieht oder zum Schaden unserer Existenz oder gar derjenigen unserer Mitmenschen.

Leider schreibt ja die Zeit heute eine erbarmungslos grausame Schrift, wir helfen aber denen in unserm Lager, die am schwersten betroffen sind, dadurch am besten, dass wir wehrhaft, aufrecht und frisch bleiben und für sie einstehen können, wenn es darauf ankommt.

Kampf den Motten

Trotz aller Mühe, die sich die Hausfrau gibt, kann sie die Motten weder aus Möbeln noch aus Vorhängen und Teppichen bannen. Die ersten Sonnenstrahlen bringen oft eine unangenehme Überraschung mit sich — lustig flattern die Motten im warmen Sonnenschein. Nun ist die höchste Zeit, den Kampf gegen sie aufzunehmen.

Der beste Mottenschutz für Woll Sachen und Pelze ist trockener, pulverförmiger Tabak, ein billiges, aber wirkungsvolles Mittel. Tabak besitzt die Eigenschaft, sich feindlich gegen die Motten zu stellen, hat keinen unangenehmen Geruch und hinterlässt keine Spuren. Leicht kann man ihn später durch Klopfen entfernen, das Tabakpulver fällt ab, und die Gegenstände sind wieder wie neu.

Mottenkästen und verschlossene Schränke sind das Paradies dieser unangenehmen

Zerstörer. Da nützen oft stark riechende Abwehrgeschütze in keiner Weise. Um sicher zu gehen, sollten die Kleidungsstücke zuerst gründlich gereinigt werden. Für Pelze empfiehlt sich Roggenkleie. Sie wird erhitzt auf den Pelz geschüttet und mit allen Kräften auf dem Pelzwerk verrieben. Nachdem das geschehen ist, reinigt man den Pelz durch Klopfen — durch sanftes Klopfen natürlich —, aber auch durch anhaltendes, damit die Kleie wieder herausfällt. Bei glatten Pelzen empfiehlt sich auch ein Bürsten, um die letzten Spuren der heissen Kleie zu entfernen.

Alle anderen mottengefährlichen Gegenstände, wie Mäntel, Kostüme, Kleider, werden geklopft, gebürstet und — je nach Material — mit Salmiak oder Essigwasser gereinigt. Besonders gegen Salmiak sind Motten ausserordentlich empfindlich. Sie mögen den Geruch nicht und meiden die Gegenstände, die damit in Berührung gekommen sind. Während ihrer Aufbewahrungszeit sollten Kleider, Mäntel und Pelze immer wieder herausgenommen, geklopft und nachgesehen werden. Je mehr man sie bewegt, um so unangenehmer ist das ihren Feinden.

Zeitungsblätter gilt gleichfalls als Mottenschutzmittel. Kundige Hausfrauen haben die Erfahrung gemacht, dass den Motten frische Druckerschwärze äusserst unangenehm ist. Also müssen die aufzubewahrenden Sachen mehrere Male im Monat mit neuen Zeitungen bedeckt werden.

Ein wichtiger Rat ist ferner, sich von kleinen Pelzresten, überflüssigen Wollflicken und nicht mehr gebrauchsfähigen Dingen zu trennen, die anziehend auf die Motten wirken. Es hat ja schliesslich keinen Sinn, ein Restchen auszubewahren, wenn man überzeugt ist, dass man es nie mehr verwenden kann. Das Vollstopfen der Schubladen mit viel getragenen Gegenständen ist das sicherste Mittel, um den Motten genügend Nahrung und Zuflucht zu verschaffen. Was wirklich nicht gebrauchsfähig ist, wird auch durch das Liegen nicht besser.

L. H.

Das Kind und seine Kleidung

Von Martha Strecker

Ein Kind soll ein neues Kleid bekommen. Es wird sich sicher eine leuchtende Farbe wünschen, eine Farbe, die lustig ist, eine Farbe, die strahlt. Die dunklen Farben wird es verwerfen. Das ist verständlich. Ein Kind liebt alles Helle, Heitere. Ungeduldig wartet es dann auf die Fertigstellung des Kleides. Es will eine Rüsche hier, eine Schleife dort. Es spielt ja und will, da es stets aufnahmefähig ist, keine ermüdende Gleichmässigkeit. Alles Strenge, alles Langweilige ist ihm verhasst. Beim Anprobieren ermüdet es bald, es hüpf, es springt, es hopst wie ein junges Zicklein. Endlich ist das Kleid fertig. Das Kind schmückt sich. Der grosse Augenblick ist da. Es findet das Kleid hübsch, es bewundert sich selbst und rauscht wie eine grosse Dame ins Zimmer, Bewunderung erwartend und entgegennehmend. Und — nach einer halben Stunde ist das Kleid Nebensache. Das Kind sitzt auf dem Teppich, springt umher, bekleckert sich, erschrickt einen Moment und — empfindet keinerlei Bedauern. Die Mutter dagegen ist ärgerlich über die gehabte Arbeit, über ihr unordentliches, nachlässiges Kind. Zu Unrecht. Denn das Kind hat von den Kosten, dem Wert einer Arbeit keinen Begriff. Für ihn ist Arbeit — Spiel. Ein Kind ist eitel, aber nie ist die Eitelkeit so stark, dass das Kind auf sein Spiel verzichten wird. Eitelkeit der Kinder ist eine augenblickliche Eingebung. Ein Kind kann ja auch ganz plötzlich durch irgendeinen äusseren Einfluss traurig oder lustig sein. Es reagiert eben auf äussere Einflüsse sehr stark und schnell und lässt sich allein von seinen Empfindungen bestimmen.

Allerdings gibt es Ausnahmen, aber Kinder, die auf ihr Äusseres achten und alles andere zurückstellen, sind doch wohl nicht Kinder, die wir lieben. Sie sind bequem und

billig, aber nicht liebenswert, da sie den Eindruck von berechnenden Erwachsenen machen. Auf der anderen Seite wiederum gibt es Kinder, die durch ihre leichtfertige Nachlässigkeit in Kleidung und Ordnung die Eltern fast verzweifeln lassen. Bewusst nachlässige Kinder sind ebenfalls Ausnahmen. Sie müssen langsam, aber freundlich auf diese Fehler aufmerksam gemacht werden. Objektivität hierbei ist die Hauptsache. Nie soll man das Kind entgelten lassen, was erst durch eigene Nachlässigkeit verursacht wurde. Ein Kind muss selbst seine falsche Auffassung erkennen. Wie sollte es auch etwas tun, dessen Notwendigkeit es nicht einsieht? Es muss einen Sinn haben, ehe es sich seine Fehler abgewöhnt.

Im Grunde genommen ist es jedem Kinde gleichgültig, was es anhat. Mit Wonne wird jedes Kind mit altem Plunder spielen. Eine alte Gardine, ein Stofftzen, ein Bündchen regen ein Kind zu stundenlangem Spiel an. Und in diesen Spielen wird es sich so anputzen, wie es seiner Phantasie entspricht, wird das darstellen wollen, was ihm erstrebenswert ist. Und erstrebenswert wird stets das Glänzende sein.

Diese Vorliebe für Spiele sollte man bedenken, wenn ein Kind wieder einmal sein Kleid zerrissen hat. Und wir sollen darüber nicht „aus der Haut“ fahren. Bedenken wir doch, dass ein Kind, das „vernünftig“ geworden ist, eben kein Kind mehr ist. Lassen wir also dem Kinde diese Freude des Nicht-Rücksicht-nehmen-Müssens solange wie möglich. Stopfen wir geduldig Strümpfe und Kleider und denken wir an unsere eigene Kindheit, in der uns Spiele am meisten freuten, bei denen wir uns wie die Wilden und Zigeuner aufputzen und benehmen konnten. Wie schrecklich, steif einhergehen zu müssen, um ein Kleid zu schonen, statt lieber mit anderen Kindern einhertollen zu dürfen. Denken wir vernünftigen Erwachsenen recht oft daran, dass wir Kinder haben wollen, die wirklich Kinder sind. Dass wir die Verpflichtung haben, ihnen das Leben so hell wie möglich zu machen, damit heitere Menschen aus den Kindern werden, die später einmal dankbar an eine sonnige, unbeschwertere Kindheit zurückdenken können und dann sicher später einmal erst so recht erkennen können, mit wieviel Mühe ihre Eltern diese heitere Kindheit erst ermöglicht haben. Denn nur diese Kinder werden später in der Lage sein, ihren eigenen Kindern auch eine solche Jugend als Selbstverständlichkeit zu bieten.

Praktische Winke

Um Ameisen von Esswaren fernzuhalten, stelle man den Speise- oder Eisschrank mit den Füßen auf einen Teller mit Wasser. Ein anderes Mittel, das Ungeziefer zu vernichten, besteht darin, ein Gefäss aufzustellen, in welchem sich ein nicht zu derber Teig befindet, zubereitet aus Hefe und einer süssen Substanz (Zuckerlösung, Honig, Sirup). Die Ameisen zehren emsig davon, gehen aber bald infolge der Wirkung der Hefe zugrunde.

Die Hände der Hausfrau bekommen leicht durch das Hantieren mit Zwiebeln, Heringen und allen möglichen anderen Nahrungsmitteln einen unangenehmen Geruch, der sich nicht mit Wasser und Seife fortbringen lässt. Salz ist hierfür das beste und sicherste Mittel, das sofort den hässlichen Geruch beseitigt.

Der Glanz der Plättwäsche wird schöner, wenn man der Stärke etwas Seife zufügt. Es geschieht das am besten dadurch, dass man etwas gute Kernseife im Wasser löst, bis es milchig wird, und dann erst die Stärke einrührt.

Die Regenflecke aus Filzhüten lassen sich wie folgt entfernen: Man bürste den Hut gut ab, alsdann reibe man die Fleckstellen mit verdünntem Salmiakgeist aus. Auch das innere Lederfutter lässt sich sehr gut mit schwachem Salmiakgeist reinigen.



Unterhaltung und Wissen



Der Ausweg

Von Emmy Kümpt

Ich möchte nur wissen, warum sie solche angstvollen Gesichter machen, wenn ich heimkomme. Seitdem ich lächle, ist das immer so. Früher, als ich fluchte und tobte, verkrochen sie sich, und jetzt tun sie wie Fremde. Für unsereinen ist das Richtige verkehrt und das Verkehrteste richtig. Ich beginne einzusehen, dass ich aus diesem Chaos einen Ausweg finden muss. Aber seit ich mir das Lächeln angewöhnt habe, wird es mir so schwer, einen Gedanken vollständig und klar auszudenken. Alles, was ich mir vornehme, biegt ins Komische ab; doch tragische Sentimentalität ist ja auch wohl nicht mehr zeitgemäss. Ich muss aber auf irgendeine Art zur Klarheit kommen.

Soll ich den Kindern dieses Leben, das ewig im Dunkeln tappt, noch länger zumuten? Alice spricht fast gar nichts mehr. Sie sollte, als ein fünfzehnjähriges Mädchen, doch lustiger sein. Und Heinz ist auch nicht mehr der frühere. Lebte Hedde noch, dann wäre vielleicht alles leichter, Hedde verstand etwas vom Leben.

Gestern hatte ich Äpfel gekauft. Von dem Geld, das ich tagsüber zusammengedienert habe. Wundervolle rotbäckige, wie geschaffen für uns. Wie werden sich die Kinder freuen, dachte ich. Aber dann standen sie und starrten mich wortlos an, dumme Gören! Dem Heinz haben sie wohl nachher geschmeckt; aber Alice — es ist zum Verzweifeln mit dem Kind.

Nachher fragte sie noch kleinlaut: „Hast du Geld, Vater?“ Geld! — Grossartig, so was! Woher soll ich Geld haben? Mir hängt das Gediener schon zum Hals heraus. Immer bereit sein, immer beispringen, damit ein Trinkgeld abfällt für mich. Ein Trinkgeld für dein Leben, Hänschen! Spring nur, lauf nur, sei überall, es lohnt sich, den Buckel zu krümmen. — Pfui Teufel!

Ich habe eingesehen, dass mit Trübsalblasen nichts zu machen ist. Erst konnte ich nie lachen. Ich hätte alles zerschlagen mögen. Die Kinder fürchteten sich schon vor mir, sie hoben kaum den Blick, wenn ich kam. Und mich packte auch schon die Wut, wenn ich sie essen sah. Wenn ich die Kinder essen sah!

Jemand sagte mir neulich, ich litte an Nervenzerrüttung und müsste mich in Behandlung begeben — in Behandlung begeben! Damit nicht Irrsinn daraus werde.

Das sagen sie mir, wahrhaftig! Ich habe — nein, nun lache ich darüber. Und eigentlich wundere ich mich doch, dass sie nicht alle wirklich verrückt werden. Wie kann man das bloss aushalten, immer herumzulaufen und zu grübeln und überflüssig zu sein und nicht arbeiten zu dürfen! —

Ich bemerke, dass das soeben ein hilfloser, aber äusserst klarer und richtiger Gedanke war, ein sehr vernünftiger. . .

Nun habe ich mir gesagt: Du musst lächeln, Hans; das wird dich froh machen, und die Kinder werden aufatmen. So: den Mund ein bisschen breitziehen, das Gehirn ausschalten, die Augen nach innen verschliessen und nach aussen nur ein wenig öffnen.

Immer zufrieden sein, Hans. Guck nur, wie hell der Himmel ist! Ist das nicht ein Star dort drüben im Garten? Wie die Dächer glänzen, leuchtend rot! Ob die Stadt reich ist? Der Anblick jedenfalls ist imposant. So von oben herab: Dächer, Fenster, Mauern, Bäume, Türme, Fabrik-schlote, Drähte — weiter hinten ist dann Dunst. Genau wie im Leben: von aussen ist es grossartig, aber weiter rückwärts ist Dunst. — So ne Mansarde hat wahrhaftig auch ihr Gutes!

Nun lächle ich seit einigen Wochen. Ich weiss fast gar nicht mehr, was los ist. Warum muss ich die Tage verlumpern, statt zu arbeiten? Warum geben sie mir keine Arbeit? Wohin führt das —? Ach was, Klappe zu! Vergangeneit, Schluss! Zukunft, Schluss! Hoch die Gegenwart!

Es ist gut, dass der Nebel immer diesiger wird. Man kann schon gar nichts mehr

sehen. Für einen armen Mann ist ein kleiner Raum das Richtige. Weitsicht macht uns traurig, haha!

Ich glaube, ich werde Heinz rufen müssen, sonst bringen mich die Geister um. Das ist was Verdammtes mit den Gedanken, sie sind unbarmherzig wie Gläubiger.

Ah, jetzt demonstrieren sie! Gut, eine Stunde ist euer! — Was, die Betten verkaufen? Das ginge, das ginge, das wäre eine Frist, ein Trinkgeld fürs Leben! Ein Schrank ist auch noch da, und — aber gibt es keinen anderen Ausweg?

Wenn ich nun — wenn ich — oh, oh, das ist 'ne Idee! Das ist — die — Rettung! Aber, Hans, nimm es bloss nicht tragisch! Immer ein seidenes Mäntelchen für das Nackte. —

Also, Kamerad, Kameraden, Brüder, Freunde, Kinder, ich gehe ins Ausland. Ich weiss einen Agenten, der mich rüberbringt. Nach Amerika? Nee — lieber nach Palästina. Per Zeppelin, per Flugzeug, per Schiff, das ist mir egal. — Heinz kommt ins Waisenhaus und Alice mag ihre Aufwartestelle aufgeben und ganz in Stellung gehen. Dienen lerne beizeiten das Weib — Dienen ist für den kleinen Mann das Richtige! Dienen und — auswandern. Nach Jerusalem, haha, hoho, hurra!

Also das muss ich der Alice sagen: die Möbel verkaufen wir und decken damit die Kosten der Reise. Was übrigbleibt, wird für die rückständige Miete draufgehen.

„Wo wirst du hingehen, Vater?“ werden sie fragen. Aber ich werde es ihnen nicht sagen, und dann werden sie heulen. Seid nur still, Kinder, der Abschied geht vorüber, und dann ist freie Fahrt ins Leben für euch — für mich, ach, wer weiss —. Und Klarheit kommt so in den ganzen vertrackten Kram hier. Keiner kann dann mehr die Nase rümpfen und mich mit seinen kalten Augen ärgern.

Mein Auswanderungsziel werde ich der Alice brieflich bekanntgeben müssen. Wie schreibe ich da am besten? Halt, ich hab's. Ich schreibe im Namen meines Agenten, das befreit mich von allen Weichheiten und Redensarten. So etwa:

„Ich bestätige hiermit, dass der Drechsler Hans Randwich heute in mein Heer eingetreten ist. Ich bestätige ferner, dass ich mein Versprechen, ihn und seine Familie aus allen Wirnissen zu befreien, unbedingt halten werde. Er wird heute mit vielen Tausenden nach Jerusalem eingeschifft werden. gez.: Der Tod.“

So, ja. Alice ist ja nicht dumm, die weiss, was sie dann zu tun hat. Seid glücklich, Kinder, heute ist die herrlichste Weltewende. Den rollenden Edelstein hält nun niemand mehr auf.

Den Brief trage ich nachher gleich in den Kasten, da ist er morgen früh hier. Morgen früh, wenn ich auf der Fahrt bin.

Unser Schmuck

**Und blieb dir kein Schmuckstück aus besser Zeit,
Kein Rest von Samt oder Seide,
Ich weiss doch etwas, das Armut verleiht,
Dich schmückt im bescheidenen Kleide.**

So höre denn wohl meinen guten Rat:

**Ein Lächeln nimm aus dem Herzen
Und streu es hinein als goldene Saat
In die Furthen fremder Schmerzen!**

**Da bittet ein Wanderer an deiner Tür,
Nur wenig kannst du ihm geben;**

**Doch wird dein freundliches Lächeln dafür
Ihm Sonne ins Antlitz weben.**

**Ein Krankenbesuch wartet auch noch dein,
Du hörst viel Weinen und Klagen.**

**Ein Lächeln lass dir freuen Schein
In das Haus der Schmerzen strömen.**

**Hier sitzen im kühlen Helm zu Gast
Die Propheten des Spesters.**

So zeig, dass du dennoch Courage hast:

Wirt lächelnd sie aus dem Fenster!

**Ein warmes Lächeln sei unser Geschmeid'
In diesen düsteren Zeiten.**

**Dann wird auch über das einfache Kleid
Sich Paradieschimmer breiten.**

Wir fahren um die Welt

Von Kurt Offenburg

(Fortsetzung aus Nr. 20 der „Holzarbeiter-Zeitung“)

Sonntag in Singapore.

Europäische Betriebe ruhen. Die Geschäfte, die Büros, die Kinos, die Ämter sind geschlossen. Im Araber-, Japaner-, Chinesen- und Malaienviertel aber ist dieser Tag nicht rot im Kalender. Die Nacht ist voll Geschäftigkeit, menschlichem Ameisengewimmel. Ich freue mich, hier wenigstens nicht die Sterbensöde englischer Sonntage anzutreffen. Ich bin vergnügt, ganz grundlos vergnügt: man weiss selbst nicht, woher es kommt. Ein Lufthauch, eine Blume, ein fremdes freundliches Gesicht: gleichgültig, was die Ursache ist.

Nein, ich will kein Taxi. Das geht mir zu schnell; ausserdem ist es zu teuer. Aber eine Rikschas werde ich mir wieder leisten. Er soll mich fahren, wohin er will, der menschliche Motor. Es ist egal. Ich habe Zeit und heute kein Ziel. Immer im Hotel sitzen, wie die reisenden Amerikaner? Das wäre mir auch ein Die-Welt-Sehen.

Kaum komme ich die Treppe herunter, hängen sich schon vier Kulis in die Deichsel der kleinen hochraderigen Karren. Ich wähle den jüngsten der Chinesen, einen vielleicht achtzehnjährigen Burschen. Ich lasse ihn laufen, wohin er will; gebe kein Ziel an, denn dieser Sonntagabend gehört ganz der Ziellosgkeit. Und er trabt los, der Kuli.

Die Farbigenviertel erinnern in ihrer Abgrenzung an gewisse Pariser Strassen, wo auch nur gewisse Wagen zu kaufen sind. Hier im Araberviertel Singapores sind Gassen, wo ausschliesslich Stoffe feilgehalten werden. Andere Teile in der Chinesenstadt offerieren nur Schmuck und Antiquitäten. In anderen wieder reiht sich Restaurant an Restaurant: in Häusern und auf der Strasse. Die Malabar-Street ist eine einzige Press-Gasse. In den Häusern eine Speisewirtschaft neben der anderen. Dazwischen Lebensmittelläden. Und vor den Häusern, zu beiden Seiten des Gehsteigs, wieder Küchen. Winzige Stände wie bei uns auf Jahrmärkten. Es wird geschmort, gesotten, gekocht. Alle Mann Chinesenköche.

Rikschakuli und — billiges Mitteleid.

Der blaue, weitärmelige Leinenkittel des Rikschakulis ist nass vom Schweiß. Vom kurz geschorenen Hinterkopf rinnen Perlen über den braunen, mageren Nacken. Ich sehe es deutlich, wenn wir unter einer Laterne vorbeikommen. Er läuft, läuft, der junge Chinese. . . Tausende laufen zwischen der Deichsel, hier in Singapore. Hunderttausende, vielleicht eine Million im Osten. Es ist ein Beruf, wie jeder andere, Rikschakuli zu sein. Eine Existenzfrage. Es ist sogar mehr: es ist eine ganze Industrie.

Der Kuli, dieser arme Teufel, hat die Rikschas nur geliehen; gepachtet für einen halben oder einen ganzen Tag. Gegen festen Preis vom Unternehmer, der zwanzig, hundert oder dreihundert Rikschas hat. Jedes einzelne Wägelchen ist registriert, hat eine polizeiliche Nummer. Eine Lizenz ruht darauf, Steuer muss gezahlt werden. An wen? An den Magistrat, an die Stadt Singapore. Und wer zahlt? Der Unternehmer vielleicht, der Eigentümer der Rikschas? Nein, der Kuli zahlt. Leihgebühr: 1 Singapore-Dollar (2 Mk.), tägliche Lizenz 75 Cents. Zahlbar im voraus: 1.75 Dollar, bevor er am Morgen die Rikschas leihen kann. Und da sind dann Tage, da er noch nicht einmal 50 Cents verdient! Folge: am nächsten (und vielleicht eine Woche nicht, bis er anderwärts das Geld verdient hat) Tag kann er keine Rikschas leihen. Aus.

Das sind Tatsachen. Mir interessanter als die alten Tempel. Darüber kann ich in jedem Reiseführer und in den Büchern, geschrieben von Kunsthistorikern, lesen. Aber über den Rikschakuli und das System, in dem er eingefangen ist, darüber fand ich

nichts. Manchmal in einer Reisebeschreibung zwar, da ward angetippt, rührselig und mitleidsschwanger, die Frage vom armen Kuli und dem Europäer.

Ich dachte darüber nach und entschied: das Verhältnis zwischen dem gefühlvollen Europäer und Rikschaman kann eine zwiefache Lösung erfahren. Entweder der Europäer verzichtet aus ethischen Gründen und fährt Auto — das Gehen lässt er nach einer Viertelstunde ohnedies sein — oder nimmt die Rikschas und zahlt anständig. Da sie im englischen Osten eine feste Einrichtung darstellt, ist dem Kuli mit einigen Cents mehr geholfen als mit billigem Mitleid. Dafür kann er sich weder Reis noch trockenen Fisch kaufen.

Auf Sumatra, der einzigen Insel Niederländisch-Indiens, wo noch Rikschas in Betrieb sind, werden durch die Regierung keine neuen Konzessionen mehr erteilt. Eine salomonische Massnahme: der Rikschabetrieb hört hier allmählich und schmerzlos auf. Da die heranwachsende Generation nicht mehr Kuli werden kann, muss sie sich nach einem anderen Beruf umsehen.

Blütenstaub und Obstbäume

Ob ein Obstbaum mehr oder weniger Früchte trägt, hängt sehr oft nur davon ab, ob er allein oder nur von wenigen Bäumen der eigenen Art umgeben im Garten steht oder aber unter vielen Bäumen anderer Sorten seiner Art. Wichtig für die Bestäubung der Obstblüten und damit für die Fruchtbarkeit der Bäume sind natürlich in erster Linie die Bienen, durch die die Blüten bestäubt werden. Sehr bedeutsam ist für den Obstbaum aber auch die Bestäubungsart seiner Blüten, das heisst ob Eigenbestäubung stattfindet, indem den Blüten Pollen von anderen Blüten desselben Baumes oder von einem anderen Baum derselben Sorte zugebracht wird oder die Bestäubung innerhalb der Blüte selbst zustande kommt oder Kreuzbestäubung vollzogen wird, bei der die Blüten durch Pollen von einer anderen Sorte der gleichen Frucht befruchtet werden. Es hat sich gezeigt, dass die meisten unserer Obstbäume, so die Apfel- und Birnbäume, ebenso wie auch die süssen Kirschen, der Kreuzbestäubung bedürfen, während andererseits viele Pflaumen, Aprikosen, Pfirsiche, Quitten und Sauerkirschen auch ganz gut fruchten, wenn Eigenbestäubung stattfand. Nach den jüngsten Untersuchungen von Dr. Fritz Passeecker ist nun für den Erfolg der Bestäubung vor allem auch die jeweilige Beschaffenheit des Blütenstaubes massgebend. Nicht jede Obstbaumblüte entwickelt nämlich Pollen von gleich guter Keimfähigkeit, ja, manchen Obstbaumsorten ist es überhaupt eigen, dass nur ein kleiner Prozentsatz ihres Blütenstaubes die zur Befruchtung der Narbe notwendige Keimfähigkeit besitzt.

Nun ist aber die keimkräftige Bestäubung der Blüte die wichtigste Bedingung zur Fruchtbildung, und daher muss man denn in Obstgärten, in denen Bäume mit ungenügend keimenden Pollen stehen, besondere Massnahmen treffen. Durch die erwähnten Untersuchungen wurde festgestellt, dass sich alle Obstbäume mit schlecht keimenden Pollen gegenseitig nicht befruchten können; es ist also unbedingt nötig, dass man in der Nähe solcher Bäume immer auch wenigstens zwei Sorten mit gut keimenden Pollen, und zwar solche, die möglichst zu gleicher Zeit zum Blühen kommen, anpflanzt. Ferner sollen Bäume, die Kreuzbestäubung brauchen, also Apfel, Birnen, Süsskirschen sowie auch Pflaumen, immer in Gesellschaft verschiedener anderer Sorten ihrer Art stehen und nie allein oder nur mit wenigen zusammen. Überhaupt empfiehlt es sich, durch Bestäubungsversuche zu erproben, welche Sorten am besten „zusammenpassen“, weil dadurch am sichersten vermieden wird, dass sich die Obstbäume selbst an der ihnen notwendigen ausreichenden Bestäubung hindern.

Bücher und Zeitschriften

Alle hier angezeigten Bücher können durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes...

Die Organisation im Klassenkampf. Zweites Buch der "Roten Bücher" der "Marxistischen Bücher-Gemeinde".

die Aufgabe unternommen, den Gewerkschaftern zu zeigen, wie ihre Verbände organisiert sein müssen...

So macht man Dollars. Roman von Upton Sinclair. Malik-Verlag AG, Berlin W 50.

Karl Marx: Das Kapital. Gemeinverständliche Ausgabe, besorgt von Julian Borchardt.

Marxismus ist wieder einmal die grosse Mode. Und doch ist es heute so wie vor 40 Jahren...

Im Verlag J. H. W. Dietz Nachf. in Berlin erscheinen folgende Zeitschriften, deren Bezug unseren Lesern empfohlen werden kann...

Das Neue Bild. Zeitschrift zur Pflege von Film und Photo in der Arbeiterbewegung.

Urania. Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft mit den ständigen Beiläutern...

Ich fahr' in die Welt. Unter diesem Namen erscheint die erste deutsche gewerkschaftliche Reisezeitschrift...

Verantwortlicher Schriftleiter: M. Kayser, Berlin. Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes...

Beiz- und Polier-Meister-Kursus der Tischler-Fachschule Köthen

Beginn 22. Juni. Prospekt gegen Rückporto.

Billigt zu Fabrikpreisen liefert original-süddeutsche Hobel und Hobelbänke.

Original-süddeutsche Hobelbänke 74

la Qualität, 200 cm hintere Blattlänge, kompl. mit Stahlspindel, ab südd. Station.

Original-süddeutsche Hobelbänke 74 Mark, 2 m hintere Blattlänge, Stahlspindel.

MOBELTEILE. Sinne, Bogen, Schnitzereien, Leisten, Füsse, querfourn. Leist.

PAUL KELLER Leipzig C I, Königstrasse 7

Gelegenheitskäufe!

Kreissägen 50 Mk., Bandsägen 220 Mk., Abricht. 300 Mk., Dickenhobelmasch.

Hobelbänke 65 RM

2 m lg., kompl., Stahlsp., la Qualität, Blatt beste ged. Rotb. Preisl. gratis.

Billigeböhm. Bettfedern

nur reine, gutfüllend. Sorten. Ein Kilo: graue geschlossene 2,50 Mk.

bessere 5 Mk., 6 Mk., daunenweiche 7 Mk. und 8 Mk., beste Sorte 10 Mk.

Edit ULMA. Patz- und Doppelmodell, 4,95 Mk.

MARKEN-KAMERAS wie Voigtländer, ZeiB-Ikon, Agla, Leitz, Pat.-Etuil, Nagel gegen Teilzahlung.

PHOTO PORST. Kostenlos Fernberatung. / Fordern Sie kostenlos 202seitigen Photo-Katalog Nr. 912.

FELDSTECHER. Direkt in der Fabrik kaufen heisst Geld sparen!

Prima Arbeitshosen, gewarnt. 6,50, 4,25. Prima Arbeitshosen, gewarnt. 7,50, 6,25, 5,75.

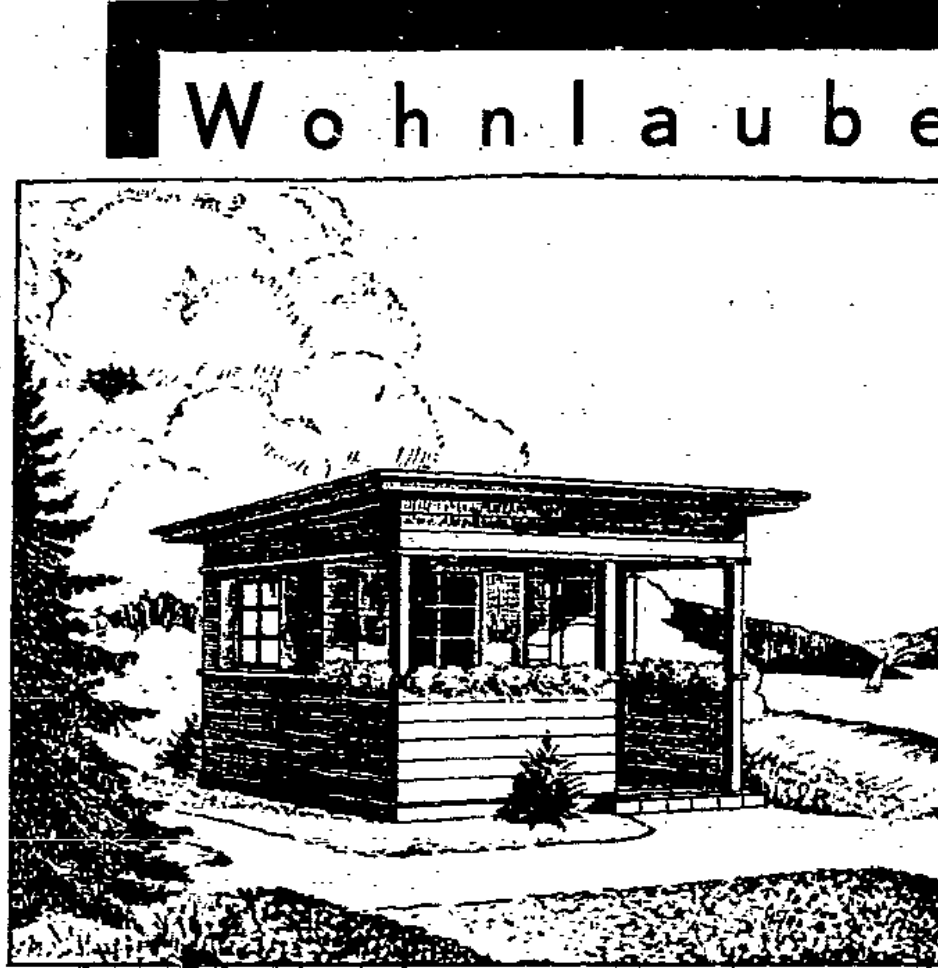


Abbildung aus dem Maiheft des "Fachblatt für Holzarbeiter". Grundriss und Seitenriss, mit Massangaben sowie Seitenansicht hierzu, im gleichen Heft.

Sprechmaschinen-Laufwerke zum Selbsteinbau, la Doppelschneckenfederwerk nur 11,50 Mk.

Ein neues Heft DIE BILDHAUEREI 1931, Heft 1, ist erschienen. Es enthält 92 Abbildungen vom Klassizismus bis zum Kubismus.

Riskieren Sie 3 Mark. Ich liefere Ihnen dafür: 1/8 Pfd. Landmannstabak... Mk. 0,29. 1/5 " Wolkenformer... " 0,39.

Billige böhmische Bettfedern! 1 Pfund graue, gute geschlossene Bettfedern 80 Pf.

Leimlöten, Furnierböcke. fabriziert als Spezialität. Preisl. gratis. Paul Ott, Stuttgart, Hermsdorfstr. 13.

Josef Witt, Weiden 392 Oberpfalz. Ueber 2000 Arbeiter und Angestellte. 1. Weißes Hemdentuch schwere, gute, sehr haltbare... -28. 2. Vorhangstoff sog. Gardinen... -19.